

# Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00  
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

AZB  
3001 Bern

HERRN DR.  
FRANZ GEORG MAIER  
DIR., SCHW. LANDESBIB.,  
HALLMYLSTRASSE 15  
3003 BERN  
50-62800001  
231

## DELEMONT ○ FDP-Delegiertenversammlung

# Klares Nein zur AHV-Initiative

Die Delegierten der FDP Schweiz haben an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 15. August 1998 in Delémont mit 122 zu 46 Stimmen die Ja-Parole zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) beschlossen. Der Delegiertenrat hatte bereits am Freitag, 14. August 1998, die Nein-Parolen zu den Volksinitiativen «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» und die Denner-VKMB-Initiative beschlossen.

FDP-PRESSECHIEF  
GUIDO SCHOMMER,  
BERN

 Der Delegiertenrat befasste sich mit der Aushöhlungs-Initiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» eingehend. An einem Podiumsgespräch unter der Leitung von Martin Senn (Inlandredaktor «Weltwoche») legten die SP-Nationalrätinnen Ursula Hafner und Liliane Maury Pasquier den Pro-, die FDP-Ständerätinnen Christine Beerli und Erika Forster sowie der Jungfreisinnige Martin Meyer den Contra-Standpunkt dar.

### Unbestrittenes Nein zur AHV-Aushöhlungs-Initiative

Die Delegierten liessen sich überzeugen, dass die langfristige finanzielle Sicherung der Sozialwerke Priorität haben muss gegenüber

kurzfristigen Ausbauwünschen. Zudem sollte eine flexible Formel für die Bestimmung des Rentenalters in der 11. AHV-Revision bestimmt werden. Mit einer Fixierung des Rentenalters 62 würde dieses Vorhaben politisch verunmöglicht. Der Delegiertenrat fasste denn auch einstimmig die Nein-Parole. Die AHV-Finanzierung ist primär durch den Übertritt von grossen Jahrgängen ins Rentenalter und dem Eintritt von kleinen Jahrgängen in die Erwerbstätigkeit gefährdet. In dieser Situation das vom Volk beschlossene Frauenrentenalter von 64 Jahren fix auf 62 Jahre zu senken ist unverantwortbar und falsch.

Referate von Nationalrat Ruedi Baumann (pro/GPS/BE) und Ständerat Rolf Büttiker (contra/FDP/SO) leiteten die Diskussion um die VKMB-Denner-Initiative ein. Die Delegierten unterstützten einstimmig bei einer Enthaltung die Nein-

Parole. Die staatliche Garantie einer Pauschalrente für den landwirtschaftlichen Sektor ist für die FDP nicht verantwortbar. Statt dessen ist die laufende Agrarreform (Agrarpolitik 2002) zu unterstützen.

### Verkehrspolitische Diskussionen

FDP-Parteipräsident und Nationalrat Franz Steinegger legte in seiner Eröffnungsrede die Haltung der Partei zur AHV-Aushöhlungsinitiative und zu den offenen Fragen um die nachrichtenlosen Vermögen dar. Die Verkehrspolitik gab am Samstag viel zu reden. Die ausserordentliche Delegiertenversammlung beschloss ein Positionspapier zur Verkehrspolitik, welches einer modernen und zukunftsgerichteten Politik der Kombination von Schiene und Strasse das Wort spricht (s. ausführlicher Bericht Seite 7). Die Parolenfassung über die leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) löste intensive Diskussionen unter den Delegierten aus. Die Befürworter wiesen darauf hin, dass diese Abgabe notwendig und tragbar sei. Für die Normalisierung der Beziehungen der Schweiz zu Europa mit den bilateralen Verhandlungen sei die LSVA im Verkehrsbereich

## FDP SCHWEIZ

### Inhalt

- Die Delsberger Rede des Parteipräsidenten ab Seite 5
- Eine Zusammenfassung des Positionspapiers Verkehrspolitik auf Seite 7
- Ein Interview mit Bundesrat Pascal Couchepin zur VKMB-Denner-Initiative ab Seite 10
- Der neue «Freisinn»-Wettbewerb auf Seite 17



das richtige Dosierungsinstrument. Die Gegner vertraten die Ansicht, dass die LSVA mit Europa nichts zu tun habe und nur eine Mehrbelastung für Unternehmen und Haushalte darstelle. Die grosse Mehrheit der Delegierten (122:46) stellte sich hinter den Parteipräsidenten und die Geschäftsleitung. ■

## Parolen der FDP Schweiz

für die eidgenössische Abstimmung vom 27. September 1998:

**JA** zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)

**NEIN** zur AHV-Aushöhlungs-Initiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters»

**NEIN** zur VKMB-Denner-Initiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe»

BUNDESVERFASSUNG ◊ *Ideen der Französischen Revolution: Teil I*

# Aufbruch zu einer modernen Schweiz

**Der 12. September 1848 ist ein magisches Datum der neueren Schweizer Geschichte, denn es markiert das Ende einer bewegten Zeit, die 1798 mit der französischen Besetzung ihren Anfang genommen hatte. Bis dahin hatte die schweizerische Eidgenossenschaft aus einer losen Vereinigung vielfältigster Gemeinwesen bestanden. Frankreich formte nun im Jahre 1798 diesen Staatenbund zu einem Einheitsstaat um, doch dieses Gebilde war zu künstlich, als dass es hätte halten können.**

FDP-NATIONALRÄTIN  
DORLE VALLENDER,  
TROGEN (AR)

Aus: «Schweizer Monatshefte für Politik, Wirtschaft, Kultur», 78. Jahr, Heft 7/8, Juli/August 1998.



1848 ist ohne 1798 nicht denkbar. Mit der Unterwerfung unter französische Vorherrschaft hatte ein Prozess begonnen, der nicht nur die äussere Gestaltung beeinflusste, sondern auch auf die Geisteshaltung eine nachhaltige Wirkung hatte. «Die natürliche Freiheit des Menschen ist unveräusserlich. Sie hat keine anderen Grenzen als die Freiheit jedes anderen...», so begann die Staatsverfassung, die uns Frankreich 1798 aufzwang. Damit hatten die Ideen der Französischen Revolution, der Ruf nach «liberté», «égalité» und «fraternité», auch bei uns Eingang gefunden. Während dem Einheitsstaat der Helvetik nach französischem Vorbild nur ein kurzer Erfolg beschieden war, markiert die Proklamation der individuellen Freiheitsrechte im Jahre 1798 den Aufbruch zu einer modernen Schweiz.

## Mit einer Stimme sprechen

Allerdings waren die Ideen der Französischen Revolution auch bei uns schon vor der Zwangsgründung der helvetischen Republik diskutiert und vereinzelt sogar umgesetzt worden. Wie aber konnten die Rufe nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ohne Radio und Fernsehen oder Internet in die Schweiz gelangen? Beispielsweise durch Schweizer Emigranten, die im Sommer 1790 in Paris den «Schweizer Patriotenklub» gegründet hatten und über ihr «Helvetisches Korrespondenzbüro» politische Schriften an ihre Gesinnungsfreunde im Raum Genf oder in Basel verschickten. Und so kam es, dass der Basler Peter Ochs zusammen mit Lukas Legendre die Basler Regierung schon 1790 dazu bewegen konnte, die Leibeigenschaft ganz aufzuheben. Erinnert sei hier auch an den Hafnermeister Heinrich Nehracher aus Stäfa. Dieser forderte 1794 – angeregt durch französische Revolutionsliteratur – in einem Memorial die Zürcher Regierung auf, allen Bürgern die «Studierfreiheit» zu gewähren. Doch er verlangte nicht nur Frei-

heit für die geistige Tätigkeit, Diskussion und Publikationen, sondern ebenso die Gewerbefreiheit. Allein die Regierung liess das Memorial öffentlich verbrennen, und Nehracher und seine Gesinnungsfreunde wurden hart bestraft. Während die Obrigkeit also konservativ blieb, riefen die liberalen Parteien in den Kantonen nach der Verwirklichung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, um dem Volkswillen zum Durchbruch zu verhelfen. Im Zusammenhang mit der ab 1830 einsetzenden industriellen Revolution erkennen immer mehr Schweizer, dass ihr Land in der europäischen Staatengemeinschaft nur dann ein wichtiges Wort mitreden kann, wenn es mit einer Stimme spricht. Damit ist die Idee geboren, dass dem vielfältigen Föderalismus eine zentrale Gewalt an die Seite gestellt werden sollte – der Bund.

Die Bundesverfassung von 1848 stellt ein Werk des Ausgleichs dar: eines Ausgleichs zwischen zentralistischen Tendenzen und den jahrhundertlang gewachsenen Ansprüchen der Kantone auf Erhaltung ihrer Existenz. Garant hierfür waren einerseits das Zweikammersystem nach amerikanischem Vorbild sowie die Anerkennung der Gleichberechtigung der drei Hauptsprachen als Nationalsprachen. Die Lösung der konfessionellen Fragen wurde den Kantonen belassen. Die gleichzeitige Anerkennung von wichtigen Freiheitsrechten, die noch nicht in allen Kantonsver-

fassungen enthalten waren, garantierte auch die Fortentwicklung der mit der Französischen Revolution und der Helvetik eingeleiteten liberalen Entwicklung in der ganzen Schweiz. Die durch die Französische Revolution in Frage gestellte Macht des Staates führte zur Anerkennung der existentiellen Grundrechte in der Verfassung. Dabei ist festzuhalten, dass die Grundrechte einerseits Rechte der Abwehr von Handlungen staatlicher Organe sind und den Freiheitsraum der Bürger und Bürgerinnen abstecken sollen.

## Die Idee der Freiheit heute

Bereits die Verfassung von 1848 bekannte sich zum Ziel, die Freiheit der Eidgenossen zu schützen. Von dieser äusseren Freiheit eines Staates ist die Freiheit des Individuums zu unterscheiden. Die persönliche Freiheit des Einzelnen soll die verschiedenen Aspekte des menschlichen Lebens schützen, die zur persönlichen Entfaltung wichtig sind. Dabei ist stets daran zu erinnern, dass kein Grundrecht je grenzenlos gewährt wird. Es findet seine Grenze an der Freiheit des anderen. Die persönliche Freiheit ist daher ohne Toleranz nicht denkbar.

Die Anerkennung der persönlichen Freiheit gehört bis heute zu den ungeschriebenen Grundrechten, und es erstaunt, dass das Bundesgericht dieses elementare Recht erst im Jahre 1963 im Bund ausdrücklich anerkannte. Seit diesem Zeitpunkt hat aber das

Recht der persönlichen Freiheit ständig an Bedeutung gewonnen: Während am Anfang die körperliche Unversehrtheit und der Schutz vor willkürlicher Verhaftung und vor Körperstrafen im Mittelpunkt stand, folgte ab 1964 auch der Schutz der psychischen Integrität.

## Beispiele aus der Rechtsprechung des Bundesgerichts

Im Falle einer Gefängnisordnung hatte das Bundesgericht zu entscheiden, ob es mit dem Recht der persönlichen Freiheit zu vereinbaren sei, grundsätzlich allen Gefangenen zu verbieten, tagsüber ihre Betten herunterzuklappen und sich darauf zu legen. Das Bundesgericht befand, dass dies sicherlich im Einzelfall, z. B. wenn ein Gefangener sich unreinlich benimmt, gerechtfertigt sein kann. Dennoch: «Die Möglichkeit, sich tagsüber auf sein Bett zu legen, ist eine der elementarsten Freiheiten, die ein Gefangener in Einzelhaft beanspruchen kann.» Das Bundesgericht hob daher das allgemeine Verbot des Herunterklappens der Betten während des Tages auf, da diese Bestimmung schikanös sei und damit einer menschenwürdigen Behandlung von Gefangenen widerspreche.

Es erstaunt vielleicht, dass in beiden Fällen Gefangene betroffen sind. Allein diese Menschen zählen mit zu den schwächsten Gliedern unserer Gemeinschaft, und sie haben keine Lobby: Sie bringen keine Wählerstimmen. Es gilt aber zu bedenken, dass ein Staat daran zu messen ist, wie er mit den schwächsten seiner Bürger und Bürgerinnen umgeht. Daher bilden Gefängnisordnungen auf der ganzen Welt den Massstab für den Rechtsstaat. ■

FORTSETZUNG IM NÄCHSTEN  
«FREISINN».

IM GESPRÄCH *Christina Thate, Hannover*

# Ein Stück «heile Welt»

**WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?**

Ich versuche stets, Aufgaben und Probleme, die sich mir stellen, anzugehen und mit vollem Einsatz zu lösen.

**WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?**

Ich hoffe, dass die Menschen zur Vernunft und Einsicht kommen und Kompromisse immer möglich sein werden.

**WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?**

Der Egoismus und der Materialismus der Menschen sowie die mangelnde Fähigkeit der nachwachsenden Generationen, die Leistungen der vorangegangenen zu erkennen, anzuerkennen und darauf aufzubauen.

**WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT ERACHTEN SIE**

**ZUR PERSON**

Christina Thate, geboren am 1.1.1977 in Braunschweig (Norddeutschland), dort aufgewachsen, seit 1996 wohnhaft in der Landeshauptstadt Hannover, ledig

**ALTER:** 21 Jahre

**AUSBILDUNG:** 1983 bis 1996 Schulausbildung in Braunschweig, Abitur am Gymnasium (= allg. Hochschulreife), seit 1996 Studium der Rechtswissenschaft, Nebenstudium der Wirtschaftswissenschaften, Rechtsanwalts- und Gerichtspraktika.

**POLITISCHER WERDEGANG:** Mitglied der bundesweiten Liberalen/christlich-demokratischen Studentenorganisation, stellv. Vorsitzende des Verbandes Hannover, Vorsitzende der Fraktion im Studentenparlament der Universität Hannover, Vorstandsmitglied des Rates im Fachbereich Rechtswissenschaft sowie Studentenvvertreterin in verschiedenen Kommissionen.

**LIEBSTE TÄTIGKEIT:** Pflege und Reiten meines Pferdes, mit netten Menschen zusammensein und viel unternehmen, reisen.

**FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHRLICHSTE?**

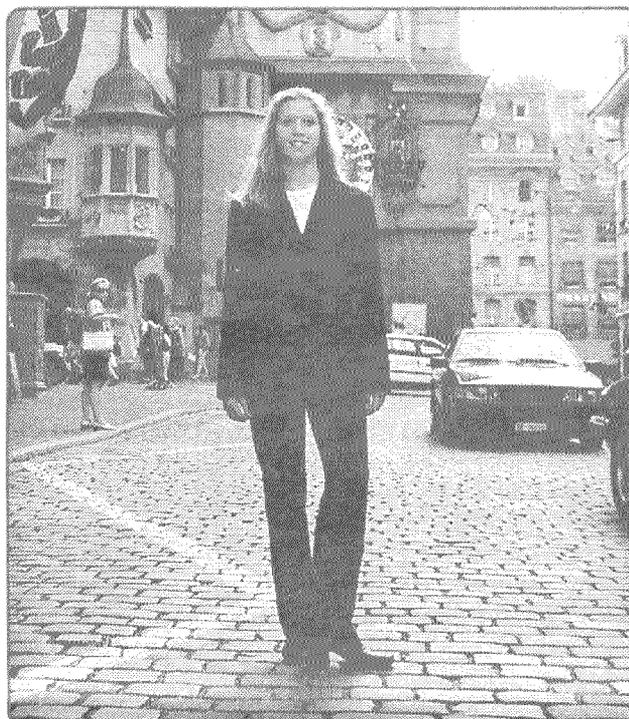
Erfindungen wie z. B. das Auto oder technische Hilfsmittel wie Telefon, Computer und Fax halte ich für sehr entscheidend. Dagegen gibt es aber auch viele unnötige Dinge wie z. B. Drogen oder Glücksspiele.

**WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?**

Da genügend Zeit für mich immer eine «Mangelware» ist, müsste eine Möglichkeit gefunden werden, Zeit zu erzeugen.

**WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?**

Zunächst begeistert mich die Schönheit und Vielfältigkeit der Landschaft: grüne Almen und südländische Vegetation auf der einen Seite und schroffe Felsen und Gletscher auf der anderen. Die Schweiz strahlt Ruhe und Friedlichkeit aus und stellt für mich



Christina Thate macht zurzeit ein Praktikum im Generalsekretariat der FDP Schweiz in Bern.

irgendwie ein Stück «heile Welt» dar. Mir imponieren das höfliche und hilfsbereite Miteinander der Schweizer, deren Zuverlässigkeit und Beständigkeit.

**WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UNSEREM LAND?**

Extreme administrative Barrieren, die Einwohnern der unmittelbaren Nachbarstaaten in den Weg gestellt werden (z. B. Beantragung und Erhalt von Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen).

**WOHIN FÜHRT EUROPAS ZUKUNFT?**

Die Zukunft Europas verspricht grosse Chancen für ein wirtschaftliches, politisches und friedliches Miteinander; bringt aber auch viele zu bewältigende Schwierigkeiten mit sich.

**«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORTSCHRITT IST NUR ÜBER DIE**

**MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?**

Eine solche Behauptung ist mir zu pauschal; Denkanstösse und fortschrittliche Ideen können sehr wohl von grossen wie auch von kleineren Gruppen herrühren. Allerdings erfordert die Realisierung neuer Ideen meistens Mehrheiten.

**WODURCH KANN EINE POLITIKERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?**

Mich überzeugen politisch Verantwortliche nicht durch Wahlversprechungen und geschickte Reden, sondern nur durch ihre Taten und Realisierungen.

**WARUM ABSOLVIEREN SIE IHR PRAKTIKUM BEI DER FDP?**

Als Studentin der Rechtswissenschaft hatte ich die Absicht, ein Praktikum in der Schweiz zu absolvieren. Da ich politisch engagiert

**STICHWORTE**

**INTERNET:** sinnvoll – praktisch – zeitraubend.

**SOZIALSTAAT:** erforderlich, aber durch Missbrauch gefährdet.

**LSVA:** notwendig – zukunftsorientiert – umweltbewusst.

bin und die Zielsetzungen der FDP meinen politischen Vorstellungen entsprechen, wollte ich mein Praktikum gern bei dieser Partei durchführen.

**SIND SIE MIT IHRER PRAKTIKUMSTÄTIGKEIT ZUFRIEDEN?**

Mein Praktikum ist von der FDP Schweiz von Anfang an sehr gut organisiert und vorbereitet worden. Ich wurde gleich von allen Mitarbeitern freundlich aufgenommen. Diese sind sehr nett, hilfsbereit und jederzeit für mich da. Die Arbeitsatmosphäre ist äusserst angenehm. Sofort wurde ich integriert, konnte bei den verschiedensten Veranstaltungen dabei sein und durfte eigenständig unterschiedliche Aufgaben übernehmen. Mir wurde gleich grosses Vertrauen entgegengebracht und sehr interessante Einblicke in die Partei- und Pressearbeit eröffnet.

**WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?**

Wenn ich auch häufig recht ungeduldig bin und vieles lieber jetzt als gleich erledigt haben möchte, kommen mir dennoch mein Durchhaltevermögen und ein starker Wille zugute.

**WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?**

Ich hoffe ja wohl ganz stark, dass es nicht nur einer, sondern noch viele sein werden.

# Sicherheit – auf den Punkt gebracht

**Über alle Parteigrenzen hinweg galt Rudolf Friedrich stets als gradliniger Politiker, der sich aus wohlfeilem Populismus nichts machte und sich weder vom Zeitgeist noch von Partikularinteressen vereinnahmen liess. 1923 in Winterthur geboren, studierte er Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und eröffnete 1957 in seiner Heimatstadt eine eigene Anwaltspraxis. Seine parlamentarische Laufbahn führte ihn durch sämtliche Stufen des Bundesstaates: Unter anderem war Rudolf Friedrich Mitglied des Grossen Gemeinderates von Winterthur, Zürcher Kantonsrat und Nationalrat. Von 1982 bis 1984 gehörte er dem Bundesrat an.**

Rudolf Friedrich, der mit zahlreichen Reden und Schriften, insbesondere durch fundierte Beiträge in der NZZ, hervorgetreten ist, hat sich immer wieder mit sicherheitspolitischen Fragen auseinandergesetzt. Diese Thematik bestimmt denn auch den Inhalt der

vorliegenden Festschrift, in welcher namhafte Autorinnen und Autoren des öffentlichen Lebens den verschiedenen Aspekten der Sicherheit nachgehen und dabei vor allem deren politische, militärische und wirtschaftliche Tragweite beleuchten. Unter anderen kommen

IKRK-Mitglied Peter Arbenz, alt Bundesrat Georges André Chevallaz, die Nationalräte Erich Müller und Oscar Fritschi, Bundesanwältin Carla del Ponte, Generalstabschef Korpskommandant Hans-Ulrich Scherrer, der Verwaltungsratspräsident der Winterthur Versicherung Peter Spälti und Bundesrat Kaspar Villiger zu Wort. Im zweiten Teil findet sich eine Auswahl von Referaten und Artikeln aus der unverwechselbaren Feder Rudolf Friedrichs.

Sicherheit ist zu einem breiten und vielseitigen Begriff geworden. Sie ist nicht mehr mit den von früher her vertrauten Mitteln zu schaffen, sondern sie ist heute in allen wesentlichen Bereichen nur durch internatio-

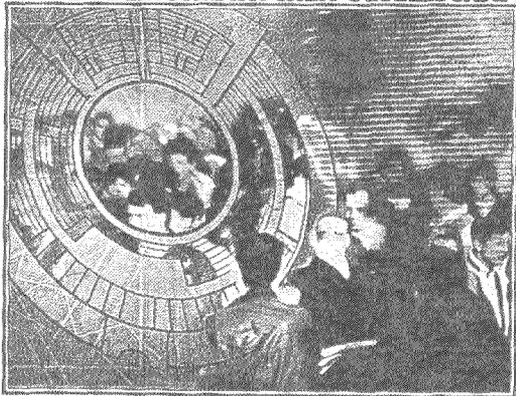
nale Zusammenarbeit, insbesondere durch partnerschaftlichen Verbund mit unseren europäischen Nachbarn zu erlangen. Sicherheit ist oft mehr ein Gefühl denn eine rationelle Bedingung. Darunter fällt auch persönlich empfundene Sicherheit wie medizinische Versorgung oder Zahlungsfähigkeit der Sozialversicherungen zur Sicherung des gewohnten Lebensstandards im Alter. Aus den Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung haben sich neue Bedrohungsformen wie Terrorismus, Geiselnahme in fremden Ländern, unkontrollierte Migration u. a. m. ergeben. Der Aufbau einer globalen Informationsgemeinschaft über

Internet, Satellitentechnologie und Digitaltechnik stellt einen neuen Machtfaktor dar, der die individuelle und staatliche Sicherheit beeinträchtigen wird. Diese weltweite Vernetzung riesiger Datenbestände hat nicht nur positive Auswirkungen. Auch Informationen zum Drogenhandel, zu Pornographie, Spionage, Anleitungen zu Aufruhr und Gewalt erhalten ihren Platz.

Dieter Kläy, Ulrich Zoelly (Hrsg.): Sicherheit – auf den Punkt gebracht. Festschrift zum 75. Geburtstag von alt Bundesrat Rudolf Friedrich. NZZ 1998. 252 Seiten, gebunden. Fr. 30.–.

Otfried Jarren · Ulrich Sarcinelli  
Ulrich Saxer (Hrsg.)

**POLITISCHE KOMMUNIKATION  
IN DER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT**



EIN HANDBUCH

Westdeutscher Verlag

## Politische Kommunikation

Demokratie und politische Kommunikation sind aufs engste miteinander verbunden. Die Dynamik des Wandels auf der innergesellschaftlichen und internationalen Ebene erfordert zunehmend Kompetenzen in der Politikvermittlung. Inzwischen ist das Feld der politischen Kommunikation in wissenschaftlicher wie politisch-praktischer Hinsicht nahezu unüberschaubar geworden. Der Band erschliesst erstmalig für den deutschsprachigen Raum das in der interdisziplinären Forschung wie auch in der politischen Praxis sehr heterogene Feld der politischen

Kommunikation. Er präsentiert disziplinäres Basiswissen, Problemanalysen zur politischen Kommunikation und enthält einen lexikalischen Teil zur zuverlässigen und schnellen Orientierung.

Dr. Otfried Jarren ist Professor am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich sowie Direktor am Hans-Bredow-Institut, Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg.

Dr. Ulrich Sarcinelli ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Koblenz-Landau, Abt. Landau.

Dr. Ulrich Saxer ist Professor für Kommunikationssoziologie an der Università della Svizzera Italiana in Lugano.

Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hrsg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Westdeutscher Verlag 1998. ISBN 3-531-12678-4.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG DELÉMONT  Rede des Parteipräsidenten

# «Verschwörung gegen die Realität»

**Der «Freisinn» veröffentlicht die Eröffnungssprache von Parteipräsident und FDP-Nationalrat Franz Steinegger anlässlich der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 15. August 1998 in Delémont:**

«Der Delegiertenrat hat gestern zur sogenannten Aufanginitiative (Volksinitiative für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters) verschiedener Gewerkschaften die Parole beschlossen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Diskussionen im Zusammenhang mit der 10. AHV-Revision und die Referendumsabstimmung vom 25. 6. 1995.

Anlässlich der Delegiertenversammlung in Zug am 16. 6. 1997 haben wir uns eingehend mit der Sozialpolitik befasst. Ich erlaube mir, unsere Position erneut zusammenzufassen.

Wir sind stolz auf die AHV, welche vor gut 50 Jahren am 1. 1. 1948 wirksam geworden ist. Umlagefinanzierte Rentensysteme haben aber heute Probleme. Die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer, der Rückgang der Geburtenrate, die Verlängerung der Ausbildungszeiten und die Arbeitslosigkeit schaffen Schwierigkeiten.

Dank dem 1972 beschlossenen Drei-Säulen-System hat die Schweiz im Vergleich zu vielen anderen Ländern eine gute Ausgangslage. Aber wir dürfen den Kopf nicht in den Sand stecken. Auch wir haben bei

der AHV grosse Herausforderungen, auch wenn bei uns die Krise der lebenslangen Vollerwerbsarbeit nicht so ausgeprägt ist. Dafür sind unsere demographischen Probleme akzentuierter.

## Vertagen der Problematik?

Wenn wir bei den Leistungen den Status quo wahren wollen, werden bei der AHV im Jahre 2010 jährlich mehr als 3 Milliarden Franken fehlen. Der AHV-Fonds wird dannzumal statt den gesetzlich geforderten 33 Milliarden noch 2 Milliarden Franken enthalten. Für den Sozialbereich insgesamt ergibt sich gemäss IDAFiSo-Bericht 1 vom Juni 1996 ein beitragsrelevanter Mehrbedarf von 14,6 Milliarden oder 5,2 AHV-Lohnprozenten bzw. 6,8 Mehrwertsteuerprozenten.

Die Probleme werden 2010 aber nicht fertig sein. Der Alterungsprozess wird erst etwa 2035 abgeschlossen sein, und die in der Nachkriegszeit bis 1986 geborenen starken Jahrgänge werden im Zeitraum 2004 bis 2032 ins Rentenalter treten.

Diese Veränderungen kann man nicht aufhalten. Vielleicht gelingt es den Linken, die Auseinandersetzung mit dieser Problematik zu vertagen. Dann werden wir aber einen hohen Preis bezahlen. Die Frage ist nicht, ob Anpassungen notwendig sind, längerfristig gibt es keine Alternative, sondern die Frage ist, wie diese Anpassungen aussehen sollen. Wir wollen eine nachhaltige Neugestaltung und Sicherung des so-

zialen Zusammenhaltes und keine Gefährdung durch ein ideologisches Weiter-so.

Der Angstbegriff Sozialabbau hat ja mit Abbau – wie alle Zahlen beweisen – nichts zu tun, sondern ist längst ein politisches Versprechen für Weiter-so geworden oder mindestens zu einer traurigen Besitzstandwahrer-Formel verkommen. Es ist ein Totschlagargument, um weiterzumachen und zusätzliche Leistungen zu versprechen, als ob sich nichts geändert hätte. Aber nicht der gefährdet den Sozialstaat, der notwendige Reformen zur Diskussion stellt, sondern der, welcher diese blockiert.

Die Befürworter der Aufanginitiative sind ein wirklichkeitsverweigerndes Abwehrbündnis gegen die Zukunft, es ist eine Verschwörung gegen die Realität.

Wir brauchen nicht Ausbau, wir wollen aber auch keine Demontage, wir wollen das Überleben der sozialen Sicherheit bewirken.

Auch in linken Kreisen hat sich herumgesprochen, dass mit weiteren Belastungen der legalen Arbeit durch Lohnzuschläge die Arbeit vermindert wird. Derartige Zuschläge haben nicht nur beim Ressourcenverbrauch Lenkungswirkung. Statt aber über einen Mix von Beschränkungen und Mehreinnahmen nachzudenken, wird einfach eine Zusatzfinanzierung durch Mehrsteuer oder Ökosteuern verlangt. Von Reform kann man bei diesen Ökosteuerüberlegungen schon längst nicht mehr reden. Es geht einfach um eine Wie-

derbelebung der Umverteilungsmechanismen durch eine neue zusätzliche Steuer. Die Beschränkung auf zusätzliche Steuern ist aber keine Lösung, sondern eine längerfristige Verliererstrategie.

## Wirtschaftliche Aufhellungen

Der wichtigste Beitrag zur Lösung der sozialen Probleme ist das Wirtschaftswachstum. Die Wachstumsfrage gewinnt deshalb eine überragende, aber nicht völlig unproblematische Rolle.

Hier gibt es nun einige Aufhellungen zu melden. Die Arbeitslosenzahlen sind im Sinken begriffen. Im Bereich Geld und Kapital haben wir praktisch keine Inflation, tiefe Zinsen und vernünftige Wechselkursrelationen. In Europa hat die Konjunktur angezogen. Weil wir die notwendigen Strukturanpassungen früher und gründlicher durchgeführt haben als andere Länder, profitieren wir nun von dieser Belebung überdurchschnittlich.

Wenn man in der Wirtschaftspolitik den linken Traditionsvereinen zur Verteidigung des Status quo und des Weiter-so gefolgt wäre, hätten wir statt Strukturanpassungen Schuldenfinanzierung von Beschäftigungsprogrammen betrieben.

Globalisierung hat eine revolutionäre Umbruchphase eingeläutet. Globalisierung ist aber nicht nur ein realer wirtschaftlicher Prozess. Globalisierung umfasst auch den Zusammenbruch des Sowjetkommunismus, welcher die Systemfrage Kapitalismus und Sozialismus erledigt. Heute geht es um die Systemfrage innerhalb des Kapitalismus.

Natürlich versucht man, sich dem Veränderungsdruck zu entziehen. Wirt-

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

**erich dardel**  
büro und wohnen

erich dardel ag  
stadtplatz 38  
ch-3270 aarberg  
tel. 032 393 15 20  
fax 032 393 15 24

usm haller... cassina...

FORTSETZUNG VON SEITE 5

schaftliche Stagnation mit Arbeitslosigkeit, Überforderung der eigenen finanziellen Möglichkeiten und die Finanzprobleme der umlagefinanzierten Sozialwerke zwingen aber zu Veränderungen und Anpassungen.

**Akt der Geschäftsführung ohne Auftrag**

Wir sind überdies durch die Diskussionen über unsere Rolle im 2. Weltkrieg herausgefordert, welche auch an unserem bisherigen Selbstverständnis rühren. Angelpunkt dieser Auseinandersetzung sind die sogenannten nachrichtenlosen Vermögen. Dazu kommt die Flüchtlingspolitik und die übrigen finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen.

Dass die nachrichtenlosen Vermögen mit Zins und Zinseszins und einem kräftigen Aufgeld für die früheren Unterlassungen herausgegeben werden, war in der Schweiz unbestritten.

Dass das Problem der nachrichtenlosen Konten nicht längst geregelt worden ist, ist und war ein Ärgernis. Was früher mit einem geringen Aufwand hätte geordnet werden können, hat zunächst zu einer gewaltigen Anstrengung unter Einsetzung beträchtlicher finanzieller und personeller Ressourcen geführt. Die ganze Aktion steht unter der Aufsicht des Volcker-Komitees, also un-

ter internationaler Kontrolle.

Es ist nicht unwahrscheinlich, dass mit diesem gigantischen Aufwand mit Kosten von einigen hundert Millionen Franken schliesslich nachrichtenlose Vermögen von 80 bis 200 Millionen Franken (gerechnet auf das Jahr 1998) heraus-schauen könnten, wovon ein Teil den Opfern des Holocaust zugeordnet werden kann.

Nun sind aber die Schweizer Banken in Amerika mit sogenannten Sammelklagen konfrontiert

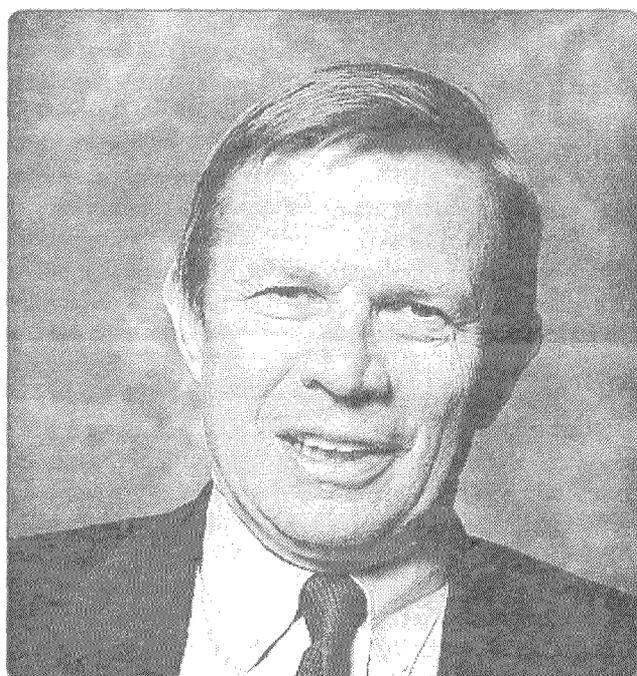
Summen eine beträchtliche Differenz besteht. Das Problem sind nun nicht die Sammelklagen an sich. Wer sich in Amerika wirtschaftlich betätigt, hat sich mit dem amerikanischen Rechtssystem abzufinden.

Die politische Problematik besteht darin, dass die beklagten Schweizer Unternehmungen durch Sanktionen, Boykotte und dilatorische Bewilligungsverfahren in den Teilstaaten der USA zu einem Vergleich «motiviert» worden sind. Dazu kam eine eigentliche Diffamierungs-

möchte offenlassen, ob in diesem Bereich auch gewissermassen eine «Ordre public» gelten sollte, d. h. dass der Vollzug von Vergleichen, welche in einem Verfahren zustande gekommen sind, welche das einheimische Rechtsgefühl in unerträglicher Weise verletzen, verhindert werden sollte.

Für den Kleinstaat Schweiz stellt sich aber die Frage, wie er sich vorliegend und in Zukunft gegenüber Aktionen von «Non-Profit»-Organisationen und von Körperschaften anderer Nationen verhalten soll, welche im Rahmen von Sammelklagen-Verfahren die Erpressung von vorteilhaften Vergleichslösungen zum Ziele haben. Hier handelt es sich nicht nur um eine Frage der unternehmerischen Opportunität, es geht um weitreichende Konsequenzen. Von welcher Adresse auch immer die Druckversuche kommen, der Zweck heiligt die Mittel nicht. Man wird immer wieder einen PR-Berater finden, der behauptet, dass mit dem nächsten Zugeständnis alles bereinigt werden könnte. Die Gefahr besteht immer dreister werden. Ende 1996 ist eine sogenannte Geste von 250 bis 300 Millionen Franken verlangt worden. Die sozusagen buchhalterische Bereinigung könnte dann später mit ein paar Millionen Franken noch durchgeführt werden. Die aufgerechneten nachrichtenlosen Vermögen dürften den Betrag des Holocaust-Fonds kaum übersteigen. Noch bevor eine erste Auszahlung aus diesem Fonds gemacht worden war, wurde die Schweiz ab Mai 1997 mit Milliarden-Forderungen konfrontiert.

Unabhängig von dem heute vorliegenden Vergleich hat die Schweiz Grund, allen illegalen Druckversuchen entgegen-



**FDP-Präsident Nationalrat Franz Steinegger: «Die Arbeitslosenzahlen sind im Sinken begriffen. Weil wir die notwendigen Strukturanpassungen früher und gründlicher durchgeführt haben als andere Länder, profitieren wir nun von dieser Belebung überdurchschnittlich.»** (Photo express)

worden, welche ganz andere Grössenordnungen zum Ziel hatten. Überdies müssen sich auch Versicherungen mit Sammelklagen auseinandersetzen. Die Nationalbank ist in einem Akt der Geschäftsführung ohne Auftrag von einer Sammelklage entlastet worden.

Sollten die bisherigen Informationen nicht völlig falsch sein, darf behauptet werden, dass zwischen dem Total der nachrichtenlosen Vermögen und den in den Class-Actions eingeklagten

kampagne in gewissen Medien. Im Klartext ausgesprochen, geht es hier um Erpressung.

**Investitionen in die junge Generation**

Nun haben die Banken mit den Klägern und mit gewissen Organisationen einen Vergleich in der Grössenordnung von 1,25 Milliarden Dollar ausgehandelt. Die Politik hat den Banken bezüglich Vergleichslösung grundsätzlich keine Vorschriften zu machen. Ich

ZUM THEMA

\*\*\*\*\*  
*Im Klartext ausgesprochen, geht es hier um Erpressung.*  
 \*\*\*\*\*  
*Man wird immer wieder einen PR-Berater finden, der behauptet, dass mit dem nächsten Zugeständnis alles bereinigt werden könnte. Die Gefahr besteht aber, dass die Forderungen immer dreister werden.*  
 \*\*\*\*\*  
*Probleme haben diejenigen, welche die Renten dereinst bezahlen müssen.*

zutreten und die selbstgestellten Aufgaben mit Volcker-Komitee, Bergier-Kommission usw. abzuschliessen. Wir und die Geschichte sollten den Betrag kennen, um welchen es eigentlich gegangen ist.

Ob wir mit einem souveränen Akt wie der Einrichtung einer humanitären Stiftung Selbstbewusstsein und Unabhängigkeit demonstrieren wollen, werden wir diskutieren müssen. Einer derartigen selbstbewussten und souveränen Haltung stehen nun Forderungen nach der Verwendung der entsprechenden Mittel für diese und andere Zwecke gegenüber.

Ob dabei angesichts der demographischen Entwicklung die Subventionierung der Altersrenten der Weisheit letzter Schluss ist, darf füglich bezweifelt werden. Probleme haben nicht diejenigen, die dereinst Renten beziehen werden. Probleme haben diejenigen, welche die Renten dereinst bezahlen müssen. Wenn schon, dann sind Investitionen in die junge Generation und für die junge Generation notwendig.»

Garten- und Landschaftsarchitekten  
 Erdbauingenieure

100 Jahre  
 Erfahrung  
 Dynamik  
 Tradition

Ein Jahrhundert  
 für unsere  
 Umwelt

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren  
 und pflegen auch Ihren Garten  
 für Ihre sympathische Umwelt

**Spross Ga-La-Bau AG** Zürich  
 Garten- und Landschaftsbau, 01-4 62 62 62

DELEGIERTENVERSAMMLUNG  Verabschiedung Positionspapier

# Für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik

Die grundsätzlichen Überlegungen werden hier im «Freisinn» veröffentlicht. Zu den Forderungen siehe nebenstehenden Artikel.

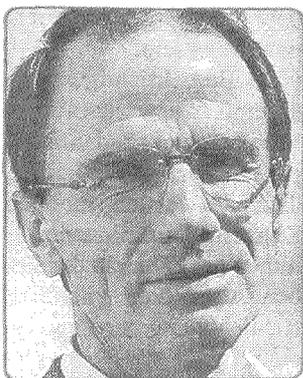
## 1. Grundsätzliches

Die freie Mobilität ist ein Grundstein jeder freien Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung für die Schaffung und den Erhalt des Wohlstandes in jeder Beziehung. Das Bedürfnis nach Mobilität ist in den letzten Jahrzehnten erheblich gewachsen und dürfte auch in Zukunft weiterhin zunehmen.

Die wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft können nur durch eine Verkehrspolitik erreicht werden, welche den öffentlichen und den privaten Verkehr fördert. Die freie Wahl der Verkehrsmittel, unabhängig ob auf der Strasse oder der Schiene, muss grundsätzlich gewährt werden.

## Anreize schaffen

Ermöglicht die Mobilität die Bewegungsfreiheit jedes einzelnen, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Errungenschaft der Mobilität auch negative Auswirkungen hat. Ziel muss es daher sein, unter Gewährleistung der Mobilität, die erforderlichen Technologien so anzuwenden und zu fördern, das die Schonung der Umwelt und der Energieressourcen und die Ausübung der Rechte aller Individuen auf freie Verkehrsmittelwahl gesichert werden kann. Dies erreicht man am ehesten mit Hilfe des technischen Umweltschutzes und mittels wirt-



FDP-Nationalrat Duri Bezzola

schaftlich tragbarer Anreize für Gewerbe und Bürger.

Fazit: Die Verkehrspolitik hat einerseits den Bedürfnissen jedes einzelnen nach Mobilität und andererseits der Schonung von Umwelt und Ressourcen gerecht zu werden.

## Modernisierung des Verkehrs

Auch unser Verkehrssystem ist dem Wandel der Zeit unterworfen. Um den sich verändernden Anforderungen zu genügen, muss dieses System periodisch einer Modernisierung unterzogen werden. Diese Aufgabe umfasst sowohl die Modernisierung des öffentlichen als auch des privaten Verkehrs.

Angesichts der bestehenden Infrastrukturen und Betriebsmittel von Schiene und Strasse einerseits und der beschränkten staatlichen Mittel andererseits setzt die FDP auf die Partnerschaft des öffentlichen und des privaten Verkehrs zur Bewältigung der steigenden Nachfrage nach Mobilität. Eine liberale Verkehrsmarktordnung muss die optimale Nutzung der bestehenden Infrastruktur im Schienen- und Strassenverkehr fördern. ■

Auf Grund der Lage der Schweiz in Europa und des hohen Anteils von Import-/Export- sowie Transitverkehr ist zur Bewältigung der internationalen Verkehrsströme und zur Verhinderung von Umwegverkehren eine internationale Koordination der Infrastrukturplanung und der Verkehrsmarktordnung notwendig. Diese Koordinations- und Harmonisierungsfunktion ist vom Bund wahrzunehmen.

## Für einen besser funktionierenden Verkehrsmarkt

Für das gute Funktionieren des Verkehrsmarktes ist eine leistungsfähige Infrastruktur notwendig. Die bestehenden Infrastrukturen sind laufend auf allfällige Auslastungsgrenzen und notwendige Leistungsverbesserungen durch Ausbau oder Einsatz von Informations- und Leitungssystemen zu überprüfen. Dazu ist eine aussagekräftige und verlässliche Verkehrsstatistik über alle relevanten Daten ebenso notwendig wie die internationale und nationale Koordination durch den Bund. Investitionen in eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur müssen langfristig gesichert und breit abgestützt sein, um vor kurzfristigen finanzpolitischen Schwankungen verschont zu werden. Durch Anreize an den Verkehrsmarkt ist die Steigerung der Nutzung bestehender Infrastruktur zu fördern. Dem Subsidiaritätsprinzip folgend, ist die sinnvolle Nutzung bestehender Infrastruktur grundsätzlich dem Bau von alternativer Infrastruktur vorzuziehen. ■

## Die wichtigsten Forderungen

**Die ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 15. August 1998 hat neben den Parolenfassungen ein Positionspapier zur Verkehrspolitik verabschiedet. Es verlangt die Liberalisierung des Bahnverkehrs und die Kostenwahrheit im Strassenverkehr.**

*GUS.* Die freie Wahl des Verkehrsmittels ist ein Kernstück der liberalen Verkehrspolitik. Diese kann jedoch nur erhalten bleiben, wenn die Leistungsfähigkeit der Verkehrssysteme durch neue Verkehrsleitsysteme (Telematik) und/oder Ausbau gewährleistet werden kann.

Die Schweiz soll Drehscheibe im internationalen Personenverkehr werden. Dies bedeutet auch, dass sie umfassend ins europäische Hochgeschwindigkeitsnetz zu integrieren ist. Die FDP unterstützt die Neat-Netzvariante. Der Bahnbetrieb ist zu privatisieren, damit die Konkurrenzfähigkeit der SBB auch im internationalen Wettbewerb zur Geltung kommen kann.

Zur Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs soll ein ausgegliederter Fonds beigezogen werden, der breit abgestützt ist. Kurzfristige finanzielle Schwankungen sollen sich nicht auf die Finanzierung der wichtigen Infrastrukturvorhaben auswirken. Zur Verlagerung von der Strasse auf die Schiene wird eine leistungs- und verbrauchsabhängige Abgabe als geeignetes Instrument betrachtet. Eine unnötige Gefährdung des Transportgewerbes soll aber vermieden werden. Die Kostenwahrheit im Verkehr ist durchzusetzen, damit dem Verursacherprinzip zum Durchbruch verholfen werden kann. Externe Kosten und Nutzen sind dabei zu berücksichtigen.

## Talon

JA, gerne bestelle ich das vollständige Positionspapier Verkehrspolitik der FDP Schweiz.

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern; Fax (031) 320 35 00; e-mail: gs@fdp.ch

# Das Wanderwunder



Was Bundespräsident Flavio Cotti in der sommerlichen Bruthitze des Tessins demonstrierte, verdient unter der milden Herbstsonne die breite Nachahmung: dass die Landesregierung mit dem Volk über Stock und Stein wandert und über Politik redet.

Das präsidentale Wandern mit andern war, wie wir von offizieller Seite hörten, ein voller Erfolg. Tatsächlich: niemand wurde verletzt. Und bei einer Marschzeit von fünf Stunden hatte jeder der 400 Wandervögel die für die Belebung der direkten Demokratie so

grossartige Chance, mit dem Wandermagistraten 45 Sekunden lang den vertieften zwischenmenschlichen Dialog zu pflegen.

Unser Aussenminister ist jetzt besser als zuvor darin bewandert, wo 0,006% der Aktivbürgerinnen und -bürger der Wanderschuh drückt, und umgekehrt hat einer auf 16 000 Stimmberechtigte authentisch erfahren, welche Blasen den Chef unserer Diplomatie plagten. Das ist, wir übernehmen gerne die offizielle Würdigung, ein voller Erfolg.

Die weiteren Aufträge sind somit klar: wir erwarten, dass sämtliche Mitglieder des Siebnerkollegiums

den Souverän ebenfalls ba-taillonsweise ins Schlepp-tau nehmen und durch von Kindsbeinen an vertraute Auen und Wälder im fruchtbaren Zwiegespräch wacker fürbass schreiten.

Offen ist nur, ob sich Ruth Dreifuss für die Berner Heimat oder die Genfer Wahlheimat entscheidet.

Wenn wir die wanderfähige Einwohnerschaft Helvetiens auf 6,5 Millionen Personen schätzen und mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und Gleichschritt die Meinung teilen, der Erfolg einer einzelnen Gratwanderung zwischen PR-Gag und Generalaudienz benötige 400

Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dann muss unsere Regierung 9 Jahre oder pro Mitglied mehr als 15 Monate lang Tag und Nacht unterwegs sein.

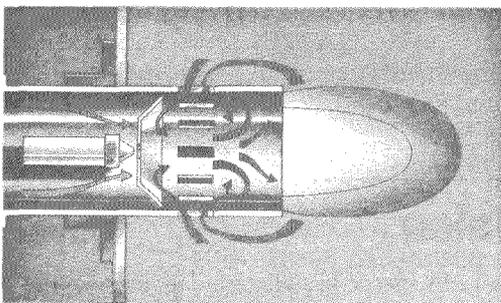
In Berücksichtigung einiger wohl unvermeidlicher Verpflegungs- und Schlafpausen dürfen wir hoffen, dass die letzten mobilen Konversationskolonnen hinter den Fähnlein der sieben Aufrechten pünktlich zur Eröffnung der Expo 01 eintreffen.

So sehr in unserem nördlichen Nachbarland die roten Socken für politische Zerwürfnisse sorgen, so sehr schaffen sie bei uns Eintracht und Zufriedenheit. Denn seit wir mit dem

Bundesrat wandern, wundern wir uns nicht mehr über ihn. Uns ist ein Wanderwunder geschehen, das im wahrsten Sinne des Wortes als Fortschritt gelten darf.

*Alex Bänninger,  
Publizist, Präsident  
des Freisinnigen  
Presseverbandes  
der Schweiz, Zürich*

## IN SACHEN UMWELT- TECHNOLOGIE SIND DIE ÖLHEIZUNGS-HERSTELLER SPITZE.



Querschnitt Flammkopf eines Low-NO<sub>x</sub>-Brenners mit interner Abgasführung.

Die moderne Ölheizung braucht keinen Vergleich zu scheuen. Dank hohem technischen Stand der Verbrennungs-, Brenner- und Kesseltechnik und dank dem Einsatz von Heizölen mit besonders geringem Schwefel- und Stickstoffgehalt, wird das Heizen mit Öl immer sauberer, effizienter und günstiger. Dafür sorgen schadstoffarme Low-NO<sub>x</sub>-Brenner, Kompaktwärmezentralen und Kondensationskessel. Aber die Entwicklung

geht weiter. Bereits gibt es den kleinen Ölkessel, den man einfach und platzsparend an die Wand montieren kann. Und auch die Zukunft für ganz neue Verbrennungssysteme im kleinsten Leistungsbereich hat längst begonnen.

Wünschen Sie noch weitere Informationen?  
Info-Hotline 0800 84 80 84 für ausführliche Gratisdokumentation. Internet: <http://www.erdoel.ch>

**HEIZEN MIT ÖL.**  
ENTSCHEIDEN RICHTIG.

NEUENBURG ◊ 5. Sommeruniversität der FDP/JFS

# Jugendliche erleben die nationale Politprominenz

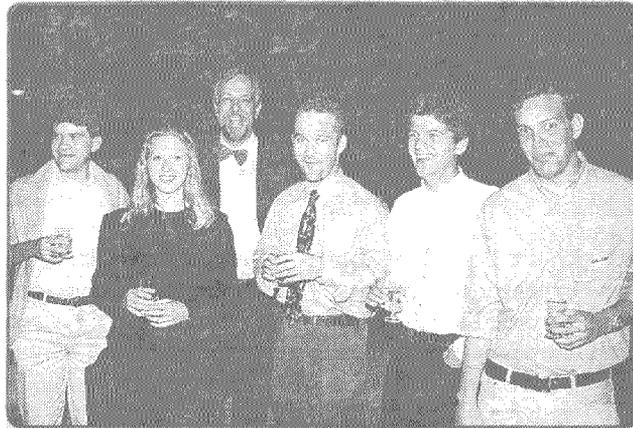
Diesen Sommer fand zum fünftenmal die Sommeruniversität der FDP/JFS in Neuenburg statt. Während einer Woche diskutierten die engagierten Teilnehmer und Teilnehmerinnen die verschiedensten eidgenössischen Polit-Themen mit FDP-Politgrössen wie Bundesrat Couchepin, Fraktionschefin Beerli, Bundeskanzler Couchepin und vielen mehr.

**STEFAN FRITSCHI (WINTERTHUR), MITORGANISATOR DER SOMMERUNIVERSITÄT**



Es ist nicht selbstverständlich, dass ungefähr zwanzig Jugendliche aus der ganzen Schweiz einen Teil ihrer Ferien einer Polit-Ausbil-

dungswoche opfern. Doch Blaise Roulet vom FDP-Generalsekretariat gelang es, als Initiant und Organisator der Sommeruniversität wieder ein interessantes Programm zusammenzustellen. Die Jugendlichen werden die vielen interessanten Begegnungen mit eidgenössischen Parlamentariern und Parlamentarier-



... beim Weisswein.

(Photos Stefan Fritschli)

innen in bester Erinnerung behalten.

## Höhepunkte

Die Sommeruniversität wurde gleich mit einem Höhepunkt – dem Referat von Bundesrat Pascal Couchepin – eröffnet. Bereitwillig gab die eindruckliche Persönlichkeit Antworten auf die vielen Fragen. Couchepin war bis jetzt an allen fünf Sommeruniversitäten als Referent dabei gewesen, dieses Jahr nun zum erstenmal als Bundesrat! Das Hauptprogramm der Sommeruniversität waren die Gespräche mit eidgenössischen Parlamentariern und Parlamentarierinnen zu einzelnen Themen. Die Ge-

spräche fanden in zwei Gruppen – französisch und deutsch – statt. Die Liste der Politiker, die sich Zeit nahmen, um mit den Jugendlichen in Neuenburg ein Thema zu diskutieren, ist beeindruckend: FDP-Präsident und Nationalrat Franz Steinegger (UR) streifte in einem Tour d'horizon politique die aktuellen Themen, und Bundeskanzler François Couchepin hielt ein Referat über verschiedene Entwicklungstendenzen im Schweizer Wirtschafts- und Sozialsystem. Ständerätin Christine Beerli (BE) und Nationalrat Peter Tschoop (GE) diskutierten über Sozialpo-

litik, die Nationalräte Gerold Bührer (SH) und Bernhard Comby (VS) über Finanzpolitik. Die Nationalräte Karl Tschuppert (LU) und Jean-Nicolas Philipona (FR) debattierten über die Landwirtschaft, die Nationalräte Peter Kofmel (SO) und Christiane Langenberger (VD) über Bildungs- und Forschungspolitik und die Nationalräte Erika Forster (SG) und John Dupraz (GE) über Energiepolitik. Nationalrat Oscar Fritschli (ZH) erläuterte die aktuellen Probleme der Sicherheitspolitik, und die Nationalräte Duri Bezzola (GR) und Daniel Vogel (NE) referierten über die Zukunft der Verkehrspolitik. Weitere Referenten waren FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy, Blaise Roulet, Katharina Bretscher-Spindler und Olivier Meuwly.

## Medientraining

Daneben trainierten die Jugendlichen unter der Anleitung der Journalisten Hanspeter Spörri, Monique Pichonnaz Oggier, Adolphe Ribordy, François Tissot-Daguette und FDP-Pressechef Guido Schommer, wie man am Radio und am Fernsehen ein Interview geben soll oder wie ein Presse-Communiqué zu verfassen ist. Die Schifffahrt auf dem Neuenburgersee und die Besichtigung des Weingutes im Schloss von Auvernier rundeten das intensive Programm der diesjährigen Sommeruniversität ab. ■



Die ganze Teilnehmergruppe inklusive FDP-Bundesrat Pascal Couchepin...

27. Sept. 1998: Ja zur LSVA.

## Ohne die Schwerverkehrsabgabe müssen wir mit den Bilateralen Verhandlungen wieder bei Null beginnen.

Die Reformpartei. FDP.

Die Aufhebung der 28-Tonnen-Limite ohne Schutzmassnahme wäre verkehrspolitisch eine Katastrophe. Die LSVA schützt die Schweiz vor einer Lastwagenlawine und sie ist Teil der Bilateralen Abkommen mit Europa. Bei einer Ablehnung der LSVA müssten die Verhandlungen wieder bei Null beginnen – aus einer für die Schweiz denkbar schlechten Position heraus.  
FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern. Tel. 031-320 35 35, Fax 031-320 35 00

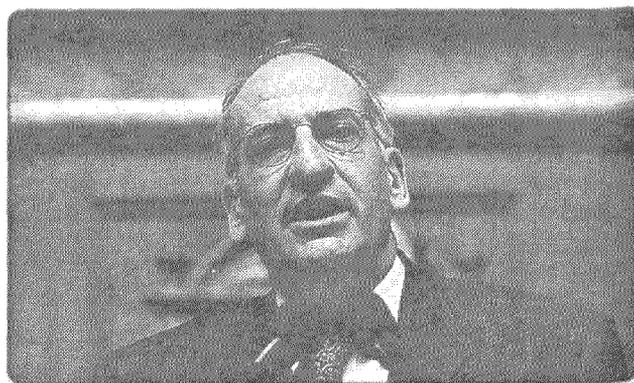


FDP auf Internet:  
E-Mail: [gs@fdp-prd.ch](mailto:gs@fdp-prd.ch)  
www: <http://www.fdp-prd.ch>

**KLEINBAUERNINITIATIVE** ◉ Interview mit Bundesrat Pascal Couchepin

# «Die Kleinbauern-Initiative hält einem Vergleich nicht stand»

Für Bundesrat Pascal Couchepin, Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes, ist die am 27. September zur Abstimmung gelangende Kleinbauern-Initiative eine schlechte Alternative zur Agrarreform des Bundes. Die zahlreichen negativen Auswirkungen der Initiative würden nicht nur die Landwirtschaft selbst, sondern die gesamte Ernährungsbranche massiv beeinträchtigen.



FDP-Bundesrat Pascal Couchepin: «Die neue Agrarpolitik des Bundes bringt wesentlich mehr Markt und Ökologie in der Landwirtschaft.» (Photo M. Stahl)

**FREISINN: HERR BUNDESRAT, AM 27. SEPTEMBER STEHT UNS MIT DER KLEINBAUERN- ODER VKMB-INITIATIVE EIN ERNEUTER URNENGANG ZUR AGRARPOLITIK BEVOR. WIESO SCHON WIEDER? DAS STIMM-VOLK HAT DOCH ERST VOR ETWA ZWEI JAHREN MIT DEUTLICHEM MEHR AUSGEDRÜCKT, WELCHE LANDWIRTSCHAFT ES IN DER SCHWEIZ WILL.**

sie sich der Bedeutung dieses Urnenganges bewusst sein werden. Es geht nämlich darum zu entscheiden, ob die Landwirtschaft – wie die anderen Wirtschaftszweige auch – entwicklungs-fähig bleiben oder wirtschaftlich und sozial ins Abseits gedrängt werden soll, wie es bei einer Annahme der VKMB-Initiative der Fall wäre.

**FREISINN: WIESO WÜRDIE LANDWIRTSCHAFT «INS ABSEITS GEDRÄNGT»?**

*Couchepin:* Unter den Bedingungen der Initiative müsste die schweizerische Landwirtschaft nicht mehr zwingend produzieren, um überleben zu können. Es würde den Bäuerinnen und Bauern in vielen Fällen reichen, die durch die Initiative staatlich garantierten Direktzahlungen von maximal 50 000 Franken durch eine minimale Bewirtschaftung auszulösen. Eine derartige Regelung ist zum einen staatspolitisch bedenklich: Nach Ansicht des Bundesrates führt es zu weit, einem einzelnen Berufsstand in der Verfassung bezifferte, der Teuerung anzupassende Staatsbeiträge zu garantieren. Eine solche Vorzugsbehandlung ist gegenüber anderen Bevölkerungs- und Berufsgruppen nicht zu rechtfertigen.

Zum anderen sind die durch die Initiative verordnete Abkehr vom für unsere gesamte Wirtschaft zentralen Leistungsprinzip im Falle einer einzelnen Berufsgruppe und die vorgesehene wettbewerbsfeindliche Zementierung der betrieblichen Strukturen mit Vehemenz abzulehnen. Letzteres würde unseren Bäuerinnen und Bauern im internationalen Wettbewerb, der auch vor der Landwirtschaft nicht haltmacht, die Zukunft total verbauen.

Der Geist der VKMB-Initiative widerspricht auch dem Selbst- und Berufsverständnis unserer Bäuerinnen und Bauern. Ihnen würde quasi ein Verbot für die Teilnahme am freien Unternehmertum auferlegt, «vergoldet» mit der erwähnten Staatsrente zwar, verbunden jedoch mit fatalen Auswirkungen nicht nur für die Landwirtschaft selbst, sondern für die gesamte Ernährungsbranche.

**FREISINN: INWIEFERN WÄREN DIE AUSWIRKUNGEN DER INITIATIVE FATAL?**

*Couchepin:* Der vollständige Verzicht auf sämtliche Marktstützungsmassnahmen, wie es die VKMB-Initiative vorsieht, hätte einen Zerfall der Preise für landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe zur Folge. Dies würde – in Kombina-

tion mit der erwähnten Direktzahlungs-garantie – die Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen in der Schweiz uninteressant machen. Unsere Bäuerinnen und Bauern würden in der Folge entweder ihren Beruf vollständig aufgeben oder ihre Betriebe nur insoweit bewirtschaften, als es für den Bezug der staatlichen Unterstützungsbeiträge gerade noch notwendig wäre, und sich im weiteren einem Nebenerwerb zuwenden. In beiden Fällen würde sich der Druck auf den inländischen Arbeitsmarkt verstärken.

**FREISINN: SIE SPRECHEN AUCH VON AUSWIRKUNGEN, DIE ÜBER DEN AGRARSEKTOR HINAUSGEHEN.**

*Couchepin:* Ein Ja zur VKMB-Initiative würde nicht nur Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gefährden. Wo nämlich die Bäuerinnen und Bauern keine Nahrungsmittel mehr produzieren, braucht es in der Ernährungsbranche beispielsweise auch keine Verarbeitungs-, Vermarktungs-, Transport- und andere

Dienstleistungsbetriebe mehr. Die Initiative zerstört deshalb auch Arbeitsplätze ausserhalb der Landwirtschaft, insbesondere in der Milchverarbeitung, wo durch eine Annahme Tausende von Arbeitsplätzen verlorengehen würden.

Als Folge eines Rückganges der Inlandproduktion dürften mehr ausländische Nahrungsmittel importiert werden. In dieser Hinsicht kann für die Konsumentinnen und Konsumenten folgendes von Bedeutung sein: Gerade ausser-europäische Nahrungsmittel werden häufig nicht unter den gleich strengen Tierschutz-, Umweltschutz- und Qualitätsanforderungen wie in der Schweiz produziert und verarbeitet. Mit unserem Status als Drittland im europäischen Kontext kann zudem die Deklaration der Angaben zu Herkunft, Produktion und Verarbeitung bei ausländischen Nahrungsmitteln weit weniger gut kontrolliert werden als bei inländischen.

**FREISINN: IHREN WORTEN FOLGEND, WEIST DIE VKMB-INITIATIVE ZAHLREICHE**

*Bundesrat Pascal Couchepin:* Ich verstehe die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die diesbezüglich einen gewissen Überdross verspüren. Ich hoffe jedoch trotzdem, dass

## ZUM THEMA

Die Alternative heisst «Agrarpolitik 2002», das auf dem geltenden modernen Verfassungartikel basierende neue Landwirtschaftsgesetz also.

Auch aus Sicht der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist die Agrarreform des Bundes die richtige Lösung.

Künftig bestimmen in der Landwirtschaft vermehrt Angebot und Nachfrage die Preise. Der Bund greift nicht mehr direkt ins Marktgeschehen ein.

ZUM THEMA

Nach Ansicht des Bundesrates führt es zu weit, einem einzelnen Berufsstand in der Verfassung bezifferte, der Teuerung anzupassende Staatsbeiträge zu garantieren. Eine solche Vorzugsbehandlung ist gegenüber anderen Bevölkerungs- und Berufsgruppen nicht zu rechtfertigen.

Der Geist der VKMB-Initiative widerspricht auch dem Selbst- und Berufsverständnis unserer Bäuerinnen und Bauern.

Unsere Bäuerinnen und Bauern würden in der Folge entweder ihren Beruf vollständig aufgeben oder ihre Betriebe nur insoweit bewirtschaften, als es für den Bezug der staatlichen Unterstützungsbeiträge gerade noch notwendig wäre, und sich im weiteren einem Nebenerwerb zuwenden.

SCHWÄCHEN AUF, WELCHE ALTERNATIVE GIBT ES DENN?

*Couchepin:* Die Alternative heisst «Agrarpolitik 2002», das auf dem geltenden modernen Verfassungsartikel basierende neue Landwirtschaftsgesetz also. Die VKMB-Initiative hält einem Vergleich mit der Agrarreform des Bundes nicht stand.

FREISINN: BITTE ERKLÄREN SIE UNS DIE VORZÜGE VON «AGRAPOLITIK 2002».

*Couchepin:* Die Agrarreform des Bundes weist alle erwähnten Schwächen der VKMB-Initiative nicht auf. Die Initiative steht einer nachhaltigen Entwicklung der schweizerischen Landwirtschaft entgegen. «Agrarpolitik 2002» dagegen ist eine erfolversprechende Antwort auf die weltweit wichtigste Herausforderung der nächsten Jahre, eine genügende und langfristig gesicherte Nahrungsmittelproduktion für eine stetig wachsende Bevölkerung. Sie ist auch die Antwort auf die europäische

Herausforderung. Auch aus Sicht der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist die Agrarreform des Bundes die richtige Lösung. Eine produktive, professionelle, effiziente Landwirtschaft ist letztlich kostengünstiger als eine staatlich überbezahlte Pflégewirtschaft nach dem Muster der VKMB.

FREISINN: DAS NEUE LANDWIRTSCHAFTSGESETZ TRITT AM 1. JANUAR 1999 IN KRAFT. WAS ÄNDERT SICH FÜR DIE ERNÄHRUNGSBRANCHE KONKRET?

*Couchepin:* Ich gebe Ihnen einen kurzen Überblick über

die wichtigsten Grundzüge der Reform: Der Bund unterstützt die Landwirtschaft vor allem mittels Direktzahlungen und reduziert die finanziellen Mittel zur Marktstützung für inländische Produkte auf das unerlässliche Minimum. Sämtliche Preis- und Absatzgarantien fallen weg. Künftig bestimmen in der Landwirtschaft vermehrt Angebot und Nachfrage die Preise. Der Bund greift nicht mehr direkt ins Marktgeschehen ein. Alle halbstaatlichen Organisationen, zum Beispiel Käseunion und Butyra, werden abgeschafft. Bäuerinnen und Bauern, die in Zu-

kunft vom Bund Direktzahlungen erhalten wollen, müssen strenge Auflagen beim Umwelt- und Tierschutz erfüllen.

Die neue Agrarpolitik des Bundes bringt wesentlich mehr Markt und mehr Ökologie in der Landwirtschaft. Unter diesem Gesichtspunkt enthält die VKMB-Initiative auch überholte Forderungen. Die darüber hinaus erhobenen Postulate sind, wie dargelegt, nicht nur aus landwirtschaftlicher Sicht, sondern auch gesamtwirtschaftlich problematisch. Die VKMB-Initiative muss deshalb am 27. September abgelehnt werden.

NEIN zur AHV-Aushöhlungs-Initiative

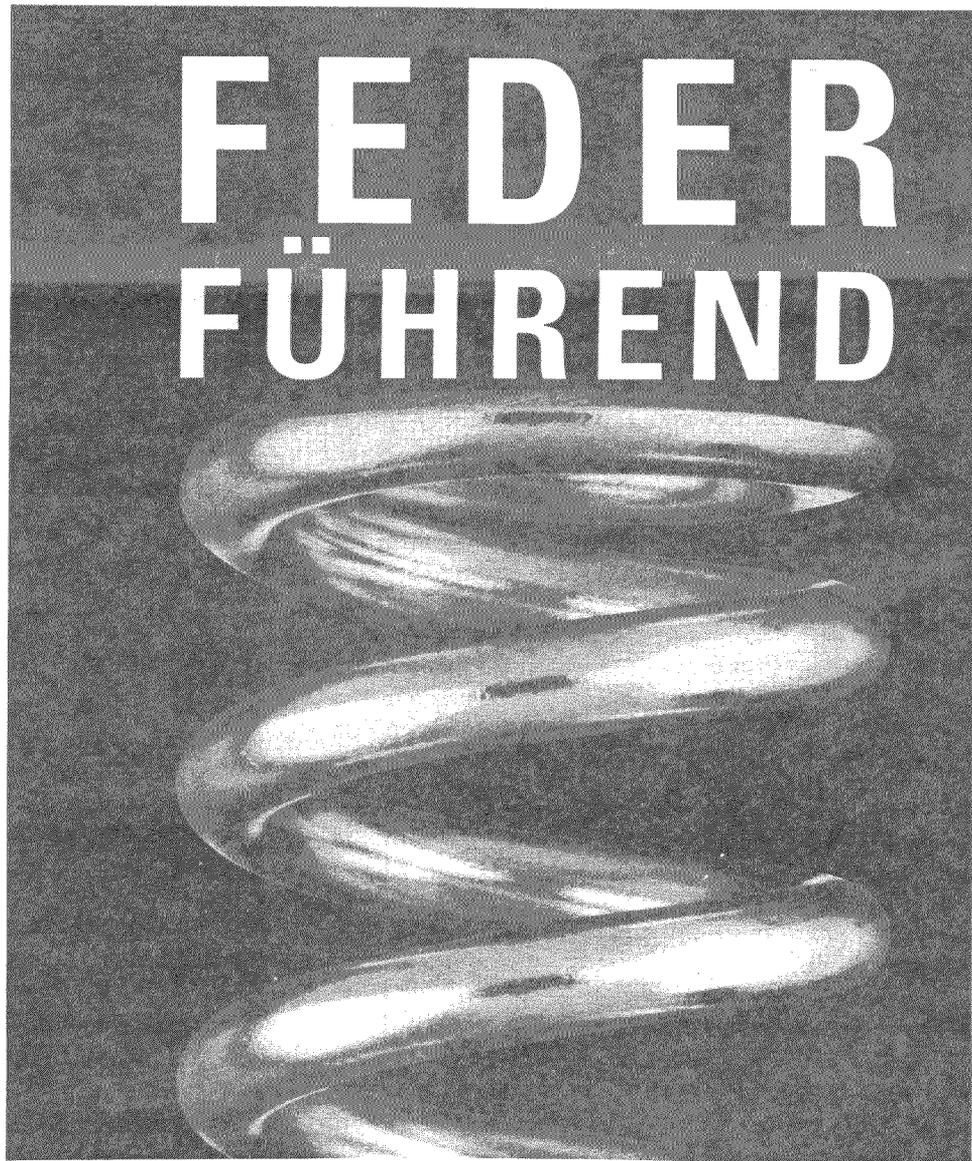


VRENI SPOERRY  
Ständerätin, ZH

«Immer weniger Erwerbstätige müssen immer mehr Renten finanzieren. Dies ist für unsere AHV ein Problem. Weitere Belastungen sind deswegen abzulehnen - NEIN zur Aushöhlungs-Initiative.»

SCHWEIZERISCHES KOMITEE **NEIN ZUR DEMONTAGE DER AHV.**

Kantonales Komitee - NEIN zur Demontage der AHV, Abstimmung vom 27. September 1998, Hegibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich, PC-Konto: 80-54362-7, Internet: www.sozial.ch



BAUMANN FEDERN AG

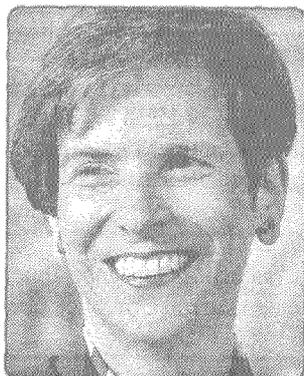
Postfach  
CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

27. SEPTEMBER  Nein zur realitätsfernen «Auffanginitiative»

# Nachhaltigkeit auch in der Sozialpolitik

**Zu Beginn des Jahres 1995 habe ich mich aus tiefster Überzeugung an unzähligen Veranstaltungen für eine Annahme der zehnten AHV-Revision eingesetzt. Dieses Gesetzeswerk brachte uns in bezug auf die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Sozialversicherung einen Riesenschritt weiter und bedeutet namentlich für die Frauen eine wesentliche Besserstellung. Mit dem Splitting ist die Berechnung der Rente zivilstandsunabhängig geworden, und die Betreuung von Kindern und hilflosen Angehörigen wird durch Gutschriften abgegolten.**



**FDP-Ständerätin Christine Beerli:** «Deshalb dürften schon in etwa 30 Jahren zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufzukommen haben.»

ihre Rente um ein oder zwei Jahre früher (also mit 63 oder 62 Jahren) zu beziehen und sich pro Jahr nur eine Rentenkürzung von 3,4 Prozent (anstatt dem bei den Männern angewandten versicherungstechnischen Reduktionssatz von 6,8 Prozent pro Jahr Vorbezug) anrechnen zu lassen. Da die 10. AHV-Revision für die meisten Frauen eine Rentenerhöhung von mehr als 6,8 Prozent mit sich brachte, werden sich die heute über 50 Jahre alten Frauen wie vor der Revision mit 62 Jahren pensionieren lassen können und dennoch eine Rente beziehen, die nicht unter dem Stand der Renten vor der 10. AHV-Revision liegt.

## Demographische Entwicklung

Bei den jüngeren Frauen, denjenigen, die ab dem Jahre 2010 in Rente gehen, gehe ich davon aus, dass sich die geschlechterbedingten Lohnungleichheiten ausgeglichen haben werden und sich demzufolge die Besserstellung beim Rentenvorbezug gegenüber den Männern nicht mehr rechtfertigt. Mit der

dargelegten Möglichkeit des privilegierten Vorbezuges für Frauen über 50 Jahre ist die Erhöhung des Rentenalters – die von der Bevölkerung am 25. Juni 1995, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, mit über 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde – auch sozial vollkommen vertretbar.

Wenn man zudem die demographisch bedingte Entwicklung des AHV-Finanzhaushaltes ab dem Jahre 2000 betrachtet, so muss eine Initiative, die die massvolle Rentenaltererhöhung rückgängig machen will, geradezu als verantwortungslos eingestuft werden. 1990 zählte die Schweiz knapp eine Million Einwohner über 64 Jahre. Im Jahre 2014 werden es 1,8 Millionen sein. Das bedeutet eine Zunahme um 80 Prozent. Es handelt sich bei diesen Zahlen nicht um Spekulationen, denn die Rentnerinnen und Rentner des Jahres 2040 leben heute alle schon. Die Verlängerung der Lebenserwartung der Rentnerinnen und Rentner geht einher mit stagnie-

render oder rückläufiger Geburtenzahl. 1948 entfielen auf einen Rentner 9,5 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren. 1990 waren es noch 4,4 Personen. Der sogenannte Alterslastquotient – das Verhältnis also zwischen Personen im erwerbsfähigen Alter und Rentnern – steigt weiter an, von heute rund 23 Prozent auf über 40 Prozent im Jahre 2040. Das bedeutet, dass zu diesem Zeitpunkt 2,5 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren einem Rentner gegenüberstehen. Üblicherweise sagt man, dass dann 2,5 Erwerbstätige für einen Rentner zu sorgen hätten. Das ist nicht ganz richtig, denn nicht alle Personen in erwerbsfähigem Alter sind wirklich erwerbstätig. Deshalb dürften schon in etwa 30 Jahren zwei Erwerbstätige für einen Rentner aufzukommen haben.

## Sinkender Finanzhaushalt und seine Folgen

Die skizzierte demographische Entwicklung wirkt sich natürlich auf die nach dem Umlageverfahren finanzierte AHV stark aus. Wenn wir deren Finanzhaushalt betrachten, so sehen wir, dass ab dem Jahre 1996 regelmässig weniger Beiträge und Zinsen zufließen, als Leistungen zu erbringen sind. Dies bedeutet, dass jährlich vom Kapitalkonto gezehrt werden muss, das heute noch ca. 24 Milliarden Franken (gleich eine Jahresausgabe) beträgt und bis zum Jahre 2015 auf minus 22 Milliarden Franken abgesunken sein wird. Das Gesetz sieht jedoch vor,

## ZUM THEMA

.....  
Mit dem Splitting ist die Berechnung der Rente zivilstandsunabhängig geworden, und die Betreuung von Kindern und hilflosen Angehörigen wird durch Gutschriften abgegolten.

.....  
Wie kann man in einer solchen Situation im Ernst versuchen, auf den weisen Entscheid des Volkes bei der 10. AHV-Revision zurückzukommen?

dass das Kapitalkonto der AHV immer die Ausgaben eines Jahres abdecken soll. Da dies bereits heute nicht mehr der Fall ist (Defizit 1997: eine Milliarde) hat das Parlament beschlossen, ab dem 1. Januar 1999 das in der Verfassung bereits vorgesehene Mehrwertsteuerprozent zur Finanzierung der AHV einzusetzen. 1,5 Milliarden Franken im Jahr werden jedoch ab dem Jahre 2001 auch nicht mehr ausreichen, um die Defizite aufzufangen. Wie kann man in einer solchen Situation im Ernst versuchen, auf den weisen Entscheid des Volkes bei der 10. AHV-Revision zurückzukommen?

## Fazit

Die langfristige Finanzierbarkeit unserer Sozialwerke liegt mir sehr am Herzen. Als ebenso wichtig erachte ich es jedoch auch, späteren Generationen nicht einen Schuldenberg zu hinterlassen, sondern ihre Entscheidungsfreiheit zu wahren. Es liegt in der Verantwortung der heute Stimmberechtigten, dem Grundsatz der Nachhaltigkeit mit einer klaren Ablehnung der Auffanginitiative auch in der Sozialpolitik Nachachtung zu verschaffen. ■

## FDP-STÄNDERÄTIN UND FRAKTIONSPRÄSIDENTIN DER FDP SCHWEIZ, CHRISTINE BEERLI, BIEL (BE)

FDP. – Die in der Volksabstimmung mit mehr als 60 Prozent Ja angenommene Revision brachte auch eine Heraufsetzung des Frauenrentenalters von 62 auf 64 Jahre. Die Heraufsetzung erfolgt gestaffelt in zwei Vierjahresschritten nach Inkrafttreten der Revision.

## Abfederung für Frauen ab 50 Jahre

Auf Antrag von Herrn Cottier (SR Freiburg CVP) und mir wurde im Ständerat noch eine Abfederung dieses Beschlusses für Frauen, die heute 50jährig und älter sind, eingeführt. Diesen Frauen, die noch zu einer Zeit aufwachsen, in der Aus- und Weiterbildung sowie Berufstätigkeit und Karriere für Frauen nicht selbstverständlich waren, soll die Möglichkeit geboten werden, ihre Rente zwei Jahre mit einem verminderten Reduktionssatz vorbezuziehen zu können. Bis zum 31. Dezember 2009 ist es Neurentnerinnen möglich,



# Gesundheit & Lebensfreude

Kennen Sie **ThermalBaden**?

Wo sich schon im frühen Mittelalter Menschen von nah und fern trafen, um Erholung im heilenden VerenaBad zu finden, steht heute das romantische Hotel Verena Hof mit seinem Thermalschwimmbad – wie ehemals ein Zentrum der Gesundheit, der Begegnung und der Lebensfreude.

Lebensfreude – Gesundheit mit Genuss. Dies verspricht ThermalBaden. Zu Recht, denn seit Jahrhunderten sprudelt hier das mineralreichste Thermalwasser der Schweiz aus 19 heißen Quellen. Absolut naturbelassen und herrlich warm (36 °C), erweist es sich ganz im Sinne der heiligen Verena als beständiger Segen für alle, die Sinn für (Bade-) Kultur haben. Eine Entdeckungsreise in die Wellness-Oase vor den Toren Zürichs lohnt sich. ThermalBaden ist einfach, in kurzer Zeit, mit öffentlichen wie privaten Verkehrsmitteln erreichbar.



Das Hotel Verena Hof bietet Ruhe und Erholung in einer

Atmosphäre dezenten Luxus. Als einziges Hotel im verkehrsfreien ThermalBaden verfügt das romantische Belle-Époque-Hotel Verena Hof über direkten Zugang zum Thermalbad wie auch zum modern ausgestatteten Trainings- und Therapiezentrum. Ärzte und Fachkräfte kümmern sich dort um das Wohl der Verena Hof-Gäste, pflegen und verwöhnen mit Massagen, Fango, Wickeln und revitalisierenden Therapien. Zum umfassenden Angebot des Hotels Verena Hof gehören Beauty-Salon, Sauna, Solarium und natürlich eine feine, marktfrische Küche (auf Wunsch auch Diäten) mit vegetarischen Menüs und Vollwertmenüs zur Wahl.

ThermalBaden bietet zudem Unterhaltung nach Lust und Laune! Kinos, Theater, Casino, Galerien und Museen lassen reichlich Gestaltungsspielraum für ein abwechslungsreiches kulturelles Rahmenprogramm. Auf der Limmatpromenade oder den Hügeln der näheren Umgebung lässt es sich wunderbar spazieren. Ausserdem ist ThermalBaden ein optimaler Ausgangspunkt für Tagesausflüge.

Ich erfahre gerne mehr über ThermalBaden. Bitte senden Sie mir Unterlagen:

Name

Adresse

PLZ/Ort

Einsenden an: Hotel Verena Hof  
ThermalBaden  
5400 Baden

FU 9/98

Schon ab Fr. 298.– gibt es **Wochenendangebote** zum Kennenlernen (zwei Nächte/drei Tage, inkl. Halbpension, Thermalbad, Sauna und Fitness und noch viel mehr). Wünschen Sie eine ausführliche Dokumentation? Rufen Sie an: Tel. 056 203 93 93. Oder füllen Sie gleich den Bestellalon aus.

Gönnen Sie sich einen Aufenthalt im Verena Hof. Bringen Sie jetzt Körper und Geist in Schwung!

Hotel Verena Hof, 5400 Baden  
**Tel. 056 203 93 93**

## Sie haben es verdient!

1. OKTOBER 1998 ◉ Symposium FDP Schweiz / Technopark in Zürich

# Technologie verändert Arbeitsplätze

**Neue Technologien schaffen Arbeitsplätze. Sie vernichten aber auch Arbeitsplätze. Gewiss, beide Aussagen treffen zu. Aber welchen Typus Stellen schaffen bzw. vernichten sie? Klaffen die Anzahl der abgebauten Arbeitsplätze der Industriegesellschaft und die der neugeschaffenen der Informationsgesellschaft nicht immer stärker auseinander?**

Immer mehr Ökonomen, Politiker, Philosophen, Soziologen und Medienschaffende warnen vor den sich abzeichnenden Spannungen, die sich durch die Verteilung des knapper wer-

denden Gutes «Arbeit» ergeben. Der soziale Frieden, auf dem der Wohlstand unseres Landes beruht, ist zweifellos in Gefahr.

Es stellt sich die Frage, welche Arbeitsplätze in Zu-

kunft in unserem Land weiterhin Wertschöpfung generieren und qualifizierte Jobs sicherstellen werden. Was hat diese Entwicklung für Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, auf die Bildung, die Wirtschaft und Gesellschaft? Welches sind die Auswirkungen auf den Nationalstaat Schweiz? Welche Voraussetzungen braucht es, damit in unserem Land Unternehmen gedeihen und neue entstehen, die gerade in den Bereichen

tätig sind, die in Zukunft Arbeitsplätze sicherstellen und aufbauen?

Diese zentralen Fragen werden am ersten gemeinsamen Symposium der FDP Schweiz und des Technoparks Zürich erörtert.

## Zielsetzung

- Aufzeigen des Strukturwandels und derjenigen Wirtschaftsbereiche, die Wachstum und insbesondere Arbeitsplätze generieren
- Aufzeigen der gesellschaftspolitischen Auswirkungen
- Aufzeigen des Profils der Arbeitsplätze der Zukunft
- Diskussion der bildungspolitischen Voraussetzun-

gen zur Sicherstellung der entsprechend ausgebildeten Nachwuchskräfte

■ Diskussion der Rahmenbedingungen, die auf politischer und wirtschaftlicher Ebene sicherstellen, dass Unternehmen, die in Zukunftsgebieten tätig sind, in unserem Land erfolgreich werden und bleiben können

■ Erarbeitung von konkreten Massnahmen, die zur Schaffung von zukunfts-trächtigen Arbeitsplätzen beitragen

## Zielgruppen

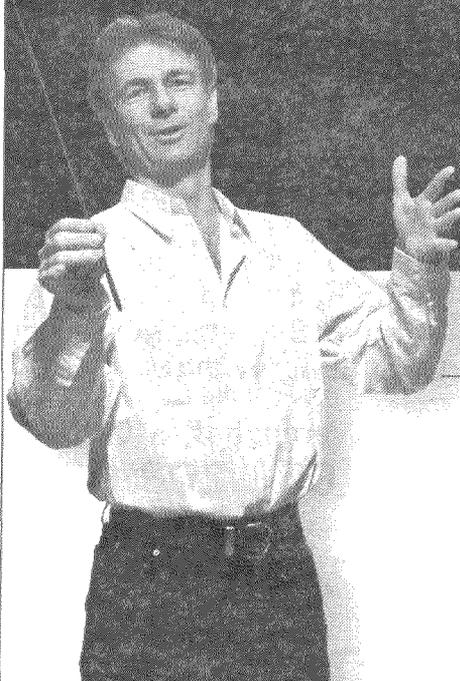
- Vertreter/innen von Unternehmen aller Branchen
- Politiker/innen, die sich für Wirtschafts- und Bildungspolitik interessieren
- Vertreter/innen aus Bildungskreisen
- Behörden
- Jungunternehmer/innen und Exponenten von KMU
- Medienschaffende
- Vertreter/innen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen
- Studierende

## Tausend Clients voll im Griff.

**Netzwerk-Administratoren, die auf Draht sind, werden von DIGICOMP ausgebildet.**

Planen Sie heute den Erfolg von morgen. Mit der führenden Informatik-Schule in Ihrer Nähe.

Telefon 0844 844 822  
www.digicomp.ch  
info@digicomp.ch



DIGICOMP®

EXPERT SEMINARS

Zürich	St. Gallen
Schlieren	Winterthur
Basel	Lausanne
Bern	Genève
Luzern	Lugano
Brugg	

## Anmeldung

Name/Vorname: \_\_\_\_\_

Titel/Funktion: \_\_\_\_\_

Unternehmen/Organisation: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Tel./Fax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden/faxen an: Senarclens, Leu Partner AG, Informationsstelle Technopark Zürich, Freigutstrasse 8, 8027 Zürich. Tel. (01) 201 73 00, Fax (01) 202 93 20. info@senarclens.com – www.senarclens.com

Wird an der Tagung vom 1. Oktober 1998 im Technopark Zürich teilnehmen

Wird in folgender Gruppe mitarbeiten (bitte wählen Sie jeweils der Präferenz nach zwei Gruppen aus. Die zweite Wahl ist die Alternative, falls die erste ausgebucht wäre):

- |                                       |                                      |
|---------------------------------------|--------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Workshop I   | <input type="checkbox"/> Workshop IV |
| <input type="checkbox"/> Workshop II  | <input type="checkbox"/> Workshop V  |
| <input type="checkbox"/> Workshop III |                                      |

Datum und Unterschrift: \_\_\_\_\_

Veranstaltungsort: Technopark Zürich, Auditorium und Seminarräume, Technoparkstrasse 1, CH-8005 Zürich.

Es sind keine Parkplätze vorhanden, benützen Sie bitte die öffentlichen Verkehrsmittel.

Teilnahmegebühr: Fr. 200.– (inkl. Getränke, Lunch und Tagungsdokumentation)  
Fr. 50.– für Studierende

# ROLF KNIE

Leserangebot



"Tiger" gelb

"Elefanten" marine/rot

"Pferde" rot

## Signierte Seiden-Kunst als dekorativer Wandschmuck



### Drei Knie-Krawatten

in 100% reiner Seide, im Innenfutter mit der Drucksignatur von **Rolf Knie**. Je Fr. 130.-

### Seiden-Foulard

„Tigerkopf“ gelb (Abb. links)  
Foulard in 100% reiner Seide mit Drucksignatur **Rolf Knie**. Format 90 x 90 cm, Fr. 290.-

### Das ideale Accessoire oder Kunstwerk für Ihr Zuhause

gerahmt in einem Holzrahmen mit echt Gelbgold-Innenkante, von Hand über Eck gearbeitet, Format gerahmt 95 x 95 cm  
Fr. 890.-

### Seiden-Schal

„Tiger“, grün (Abb. oben)  
Zauberhafter Schal, in 100% reiner Seide, mit Drucksignatur **Rolf Knie**, Format 70 x 160 cm. Fr. 290.-

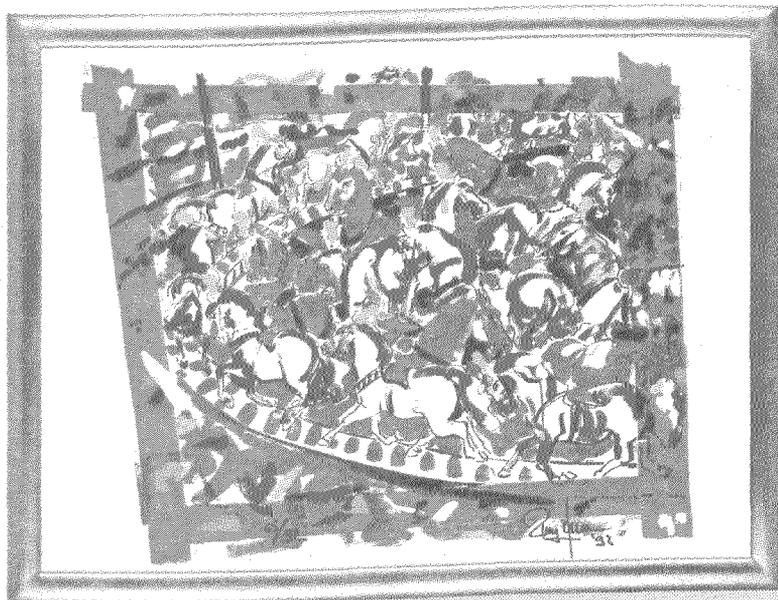
### In exklusiver Atelierrahmung

Ein aufwendiger Holzrahmen mit echt Weissgold-Innenkante – in reiner Handarbeit über Eck gearbeitet – macht aus Ihrem Seidenschal ein vollendetes Kunstwerk, Format 75x162 cm  
Fr. 980.-

Coupon ausschneiden und einsenden an: **Leserangebot FDP Schweiz**  
Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

Letzte Exemplare!

„Pferde in der Manege“ (Abb.unten) Kostbare **Original-Serigraphie** von **Rolf Knie** limitierte Auflage nur 92 Exemplare, vom Künstler handsigniert und nummeriert, mit Zertifikat Format 90 x 117 cm. Fr. 2'900.-  
In echt Weissgoldrahmen, von Hand über Eck blattvergoldet, -99,5x126,5 cm Fr. 3'750.-



Sichern Sie sich diese handsignierte Original-Serigraphie von **Rolf Knie**

### Bestell-Gutschein mit Rückgabegarantie

Ja, ich bestelle folgende Kunstwerke von **Rolf Knie**:

- **Seiden-Krawatten:**  "Tiger", gelb Fr. 130.-  
 "Elefanten" Fr. 130.-  "Pferde", rot Fr. 130.-
- **Seiden-Schal:**  "Tiger", grün Fr. 290.-  
 "Tiger", grün im Atelierrahmen Fr. 980.-
- **Seiden-Foulard:**  "Tigerkopf", gelb Fr. 290.-  
 "Tigerkopf", gelb im Atelierrahmen Fr. 890.-

### Handsignierte Original-Serigraphie: (LETZTE EXEMPLARE!)

- "Pferde in der Manege" ungerahmt Fr. 2'900.-
- "Pferde in der Manege" in echt Weissgoldrahmen Fr. 3'750.-

• Preise inkl. MWST, zuzüglich Versand- und Versicherungsanteil.

•  Ich bin an Kunst interessiert. Senden Sie mir kostenlos Ihren Katalog.

• Wenn ich die Artikel behalte, bezahle ich wie folgt:

- zum **Barpreis** innerhalb von 30 Tagen
- Ich bezahle zum **Teilzahlungspreis** in  3 Raten, Zinsaufschlag 2,083% (ab Fr. 300.-)  6 Raten, Zinsaufschlag 3,65% (ab Fr. 600.-)

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Str./Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

**Leserangebot FDP Schweiz** 64 4FDP/9/98 1273  
Kretz AG, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Fax 01 923 76 57

# Mehr als 50 Prozent sind Frauen

Die FDP-Frauen Schweiz fordern von der FDP Schweiz für die Wahlen 1999 eine Reihe von Massnahmen, um die Frauen als Wählerinnen gezielt anzusprechen. Darüber hinaus erachten sie diese Massnahmen auch als zwingend notwendig, um es Frauen als Kandidatinnen überhaupt erst zu ermöglichen, gewählt zu werden.

1. Listenquoten von mindestens 1/3 sind eine Selbstverständlichkeit.
2. Die Verdoppelung des Frauenanteils in der freisinnigen Fraktion der eidgenössischen Räte muss angestrebt werden.

3. Es ist den Frauen ein eigenes Wahlkampfbudget auszurichten, und die Partei hat darauf hinzuwirken, dass dies auch in den kantonalen Sektionen geschieht.
4. Die Partei bietet den Frauen während des Wahlkampfes eine ausreichende Plattform, um sich zu profilieren. Sie bietet dazu alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auf, um die Kandidatinnen in geeigneter Form zu präsentieren.
5. Bei der Kandidatenauswahl arbeitet die Partei darauf hin, dass nicht nur der männerspezifische Lebenslauf als Wahlvoraussetzung wahrgenommen wird, sondern dass

auch insbesondere Frauenerarbeit und die Arbeit in gemeinnützigen Organisationen als Talentschmiede erkannt werden.

Die Frauen machen mehr als 50 Prozent der Wählenden aus. Ihre Anliegen zu vertreten muss deshalb eine wichtige Aufgabe einer schweizerischen Partei sein. In der Vergangenheit wurde dieses Wählersegment vernachlässigt. Die Ausrichtung des Wahlkampfes, nicht nur in den Themen, sondern auch im Auftreten, auf das Wählersegment «Frauen» ist eine Überlebenschance für die FDP und das gesamte freisinnige Gedankengut. ■

## Herzliche Einladung

### Präsidentinnenkonferenz der FDP-Frauen Schweiz

Donnerstag, 10. September 1998, 14.15 Uhr, Hotel Kreuz, Zeughausgasse 41, Bern

#### TRAKTANDEN

1. Protokoll der Sitzung vom 12. März 1998
2. Begrüssung/Mitteilungen des Vorstandes
3. Mitteilungen der Präsidentinnen
4. **WAHLEN 1999: WIR VERDOPPELN DEN FRAUENANTEIL IN DER FDP-FRAKTION**  
Einführungsreferat durch ein Mitglied der eidg. Kommission für Frauenfragen
5. Wahlvorbereitungen aus Frauensicht in den Kantonen. Vertreterinnen aus den Kantonen Zürich und Baselland stellen ihre Konzepte vor
6. Termine / Varia

Wir treffen uns fakultativ zu einem gemeinsamen Mittagessen um 12.00 Uhr im Hotel Kreuz in Bern. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

Wir bitten Sie, diese Gelegenheit zum Informations- und Gedankenaustausch im Hinblick auf die Wahlvorbereitungen in den Kantonen zu nutzen.

**NEIN** zur AHV-Aushöhlungs-Initiative

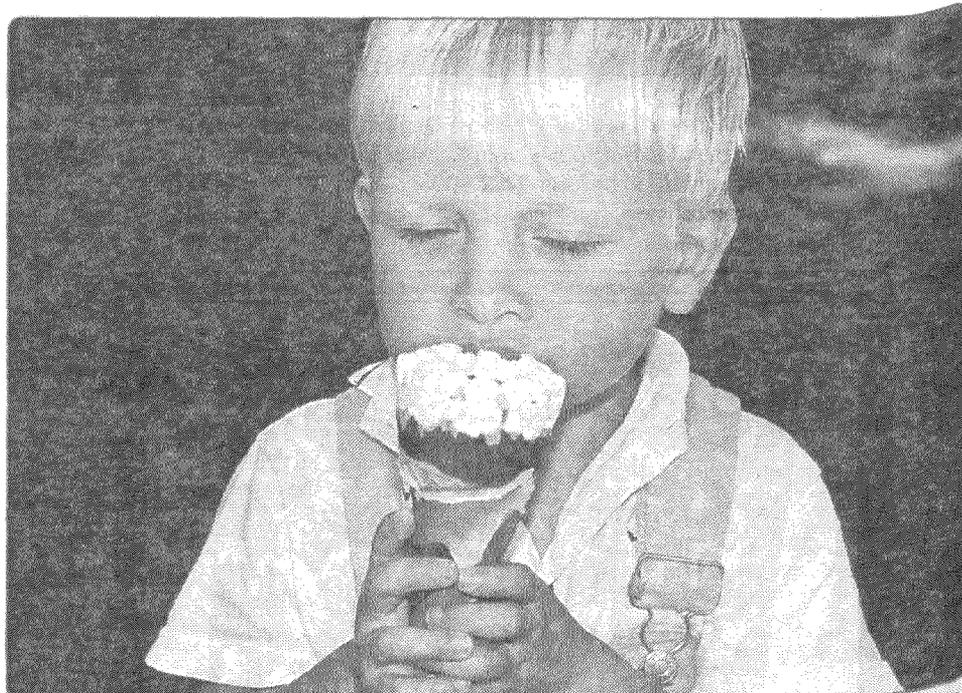


**CHRISTINE EGRSZEGI-OBRIST**  
Nationalrätin, AG

**«Die sogenannte Auffanginitiative will das Frauenrentenalter wieder auf 62 Jahre senken. Bis ins Jahr 2006 kostet das unsere AHV 2.5 Mia. Franken. Wir müssen endlich aufhören mit dieser Schuldenwirtschaft. Deswegen: NEIN zur Demontage der AHV.»**

**SCHWEIZERISCHES KOMITEE**  **NEIN ZUR DEMONTAGE DER AHV.**

Kantonales Komitee - NEIN zur Demontage der AHV, Abstimmung vom 27. September 1998.  
Hägibachstr. 47, Postfach, 8032 Zürich, PC-Konto: 80-54362-7, Internet: www.sozial.ch



«... Solidarität und Generationenvertrag»: Zwei wichtige Stichworte für die Zukunft des kleinen Glacéessers. Ob er auf diese Werte je noch bauen kann, wird am 27. September 1998 mit der sogenannten Initiative «für die 10. AHV-Revision ohne Erhöhung des Rentenalters» entschieden. Die Initiative rüttelt massiv an den Finanzen der AHV. Die Herabsetzung des Frauenrentenalters auf 62 Jahre würde bis zum Jahre 2006 2,5 Milliarden Franken kosten. Die 10. AHV-Revision hat den Frauen bedeutsame Verbesserungen gebracht (individueller Rentenanspruch, Splitting, Erziehungs- und Betreuungsgutschriften). Die Revision war ein sozial- und gleichstellungspolitisch grosser Wurf. Die Initiative der Gewerkschaften ist alles andere als ein Zwischenschritt zur 11. AHV-Revision, sie ist vielmehr ein gleichstellungspolitischer Rückschritt, fern jeglicher finanzpolitischer Verantwortung gegenüber den zukünftigen AHV-Bezüglerinnen und -Bezügern.

WETTBEWERB ◉ *Wer ist dieser Herr?*

# Der Mann, der in den Blumen steht

Um es gleich vorwegzunehmen: es handelt sich bei diesem freundlichen Herrn im Sonnenblumenfeld um einen Westschweizer Nationalrat. An einem freundlichen Junitag war dieser Herr so unvorsichtig, dass er dem FDP-Presseschef diese Photo ausgehändigt hat. Was er damals nicht wusste: Im «Freisinn» gibt's einen Wettbewerb dazu!

GUS. Diesmal machen wir gleich einen Doppel-Wettbewerb. Wir wollen von Ihnen wissen, wer dieser Herr ist, und wir wollen die

besten Bemerkungen, die Ihnen beim Anblick dieses Bildes in den Sinn kommen, sammeln. Einige Hinweise zur ersten Frage: Wer ist

dieser Herr? Ein Westschweizer Nationalrat, wie gesagt, er hat auch beruflich mit Blumen im weiteren Sinne zu tun, gilt als Öffnungsbefürworter und fällt im Parlament in energie- und agrarpolitischen Debatten auf. Nicht zuletzt dank seinem weitherum bekannten «Salut, mon cher capitaliste!» erfrischt er auch das sonst eher trockene Gespräch mit so manchem deutsch- und italienischsprechenden Kollegen.

Zur zweiten Frage: Was kommt Ihnen in den Sinn, wenn Sie dieses herrliche Bild sehen: Un rosier parmis des roses?

Alle Einsendungen nehmen an der Verlosung um ein FDP-Portefeuille und ein FDP-Foulard teil. Den Namen und die besten Sprüche dazu werden wir im nächsten «Freisinn» veröffentlichen. Einsendeschluss ist der 22. September 1998. Machen Sie mit!



Ein FDP-Nationalrat, umringt von blühenden Schönheiten...

## Talon

Ich weiss, wie der Herr heisst:

Ich weiss auch noch einen Spruch zum Bild:

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP der Schweiz, Wettbewerb «Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: pressechef@fdp.ch

## TERMINE

### September

- 4. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 11./12. VorseSSIONALE Fraktionssitzung
- 21.9.–9.10. Herbstsession
- 22. Wirtschaftsmeeting
- 24. Geschäftsleitung
- 27. Eidgenössische Abstimmung

### Oktober

- 13. Presseverband
- 23. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
- 24. a. o. Delegiertenversammlung (Neuchâtel)

### November

- 30.11.–18.12. Wintersession

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Februar 1999 oder nach Vereinbarung zur Besetzung einer 100%-Praktikanten-Stelle eine/n

## ASSISTENTIN ASSISTENTEN

zur Unterstützung des Generalsekretariats während des Nationalratswahlkampfes.

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich mit Fragen des Wahlkampfes 1999. Das Engagement ist befristet vom 1. Februar bis zum 29. Oktober 1999. Damit ist ein Einsatz für Studentinnen und Studenten im Zwischenjahr problemlos möglich. Hochschulstudium ist erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Ihre Tätigkeit umfasst die Organisation von Veranstaltungen, die Betreuung der Kandidatinnen und Kandidaten (inkl. Ausbildung) und die Durchführung von verschiedenen Aufgaben im Kommunikationsbereich. Sie sind im weitem betraut mit dem Verfassen von Diskussionsgrundlagen und der Beschaffung von Informationen. Ihre Aufgabenbereiche verlangen eine enge Zusammenarbeit mit den Spezialisten im Generalsekretariat.

Wir setzen für diese breitgefächerte Aufgabe eine rasche Auffassung, die Fähigkeit, im Team mitzuarbeiten, und eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft voraus. Sie sprechen auch Französisch und sind nicht nur theoretisch an der eidgenössischen Politik interessiert.

Wenn Sie bereit sind, sich für diese faszinierende und herausfordernde Tätigkeit voll einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an: (031) 320 35 35.







Karikatur Andreas Töns

 AMAG ...news  
jedes Wochenende auf SF2.  
Mit Autowettbewerb.

 AMAG-Leasing:  
Golf (ab Fr. 21 870.-):  
Fr. 10.60/Tag, Fr. 322.70/Monat  
(48 Monate / 10 000 km pro Jahr).

 **Totalmobil!**  
Gratis-Mobilitäts-  
versicherung

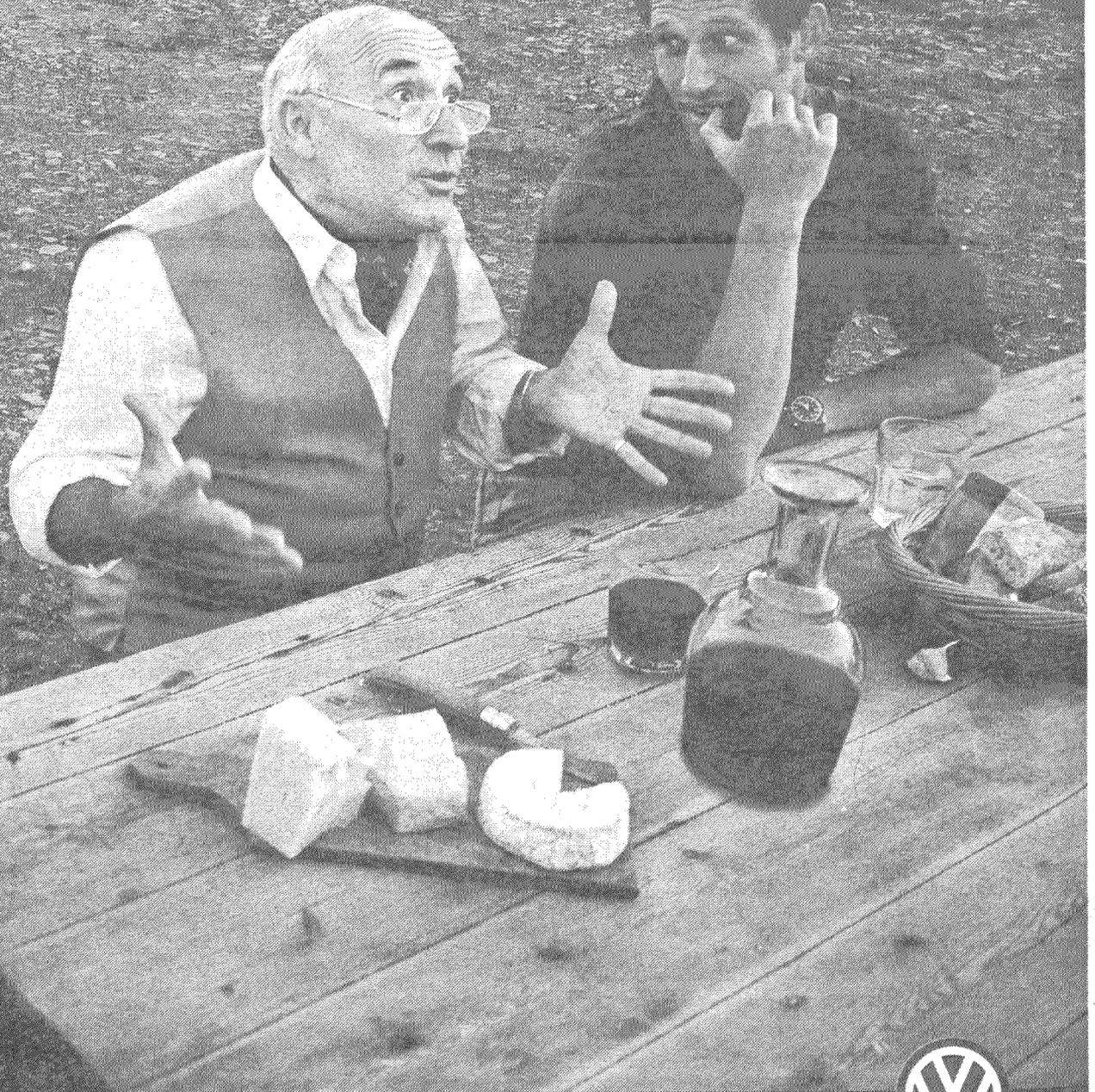
 **Auto  
Profit**  
Das Bonussystem.  
Hotline: 0844 810 810

 AMAG Import,  
5116 Schinznach-Bad,  
und die VW-Partner der  
Schweiz/FL wünschen gute Fahrt.



«Ich habe Dir doch immer gesagt, Du sollst Dir  
ein richtiges Auto kaufen.»

«Schau doch einmal nach hinten.»



Jede Generation hat ihre eigenen Massstäbe und Werte. Das spiegelt sich in der Entwicklung wider, vor allem aber im Denken. Wer heute ein Auto kauft, will in erster Linie wissen, ob es für die Zukunft gerüstet ist. All diese Werte und Ansprüche wurden beim neuen Golf berücksichtigt.



**Generation Golf.**

http://www.volkswagen.ch